

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:  
 Dr. Richard Kern: Das enthüllte Geheimnis  
 Die Frau als Mörderin  
 Die blutige Methode  
 Petroleum, das sie nicht erreichten

# Tatbeweise für Hitlers Friedensliebe

Die englische konservative Propaganda ist augenblicklich der Schrittmacher für die Regierung Hitler. Sie bemüht sich, einen Akkord mit dem Hitlersystem vorzubereiten, den die Regierung Baldwin-Macdonald für den Wahlkampf gegen Labour dringend braucht. Das Bild, das diese Propaganda vom Hitlersystem zeichnet, ist geradezu idyllisch: ruhige Vernunft, keine Experimente, keine Wildheiten, stille Evolution — mit einem Wort, ein System der konservativen Respektabilität. So liest man in der »Times«.

»Die ganze Tendenz dieser Tage ist auf Ruhe gerichtet. Keine der Prophezeiungen über wilde Ereignisse nach dem Saarplebiszit hat sich bestätigt. Es hat keine große »Reinigung« stattgefunden, kein Ausbruch radikaler Aktivität, nicht einmal ein Angriff auf die Kirchen.«

Nach dieser beruhigenden Versicherung, im unmittelbaren Anschluß daran, teilt die »Times« ihren Lesern mit: »deutscher Emigrant erschossen«. Ihr Urteil über den ruhigen, konservativen, respektablen Charakter des deutschen Regimes wird durch diesen Fememord nicht berührt.

Der abscheuliche Mord an Theodor Lessing hat noch ein leidenschaftliches Aufbäumen des Weltgewissens hervorgerufen. Seitdem hat man sich in manchen großen Ländern zu einer bemerkenswerten Großzügigkeit des Gewissens bekehrt. Man erinnert sich an allgemeine humanitäre Werte erst, wenn die Zahl der Toten über 100 steigt. Man geht über ein Einzelschicksal, ein Einzelverbrechen mit Achselzucken hinweg. Was ist schon der Fememord an Ingenieur Formis? Ein interessanter, aber nicht sehr aufregender Fall, der nur stören würde, wollte man ihn zum Ausgangspunkt politischer Wertungen machen. Das deutsche Verbrechen korrumpt Europa.

Diese Gewöhnung an das Verbrechen, das bequeme Beiseiteschieben eines eigenen Urteils mit der stillen Begründung, daß die Auseinandersetzung zwischen deutscher Regierung und deutschen Emigranten eine rein deutsche innere Angelegenheit sei, wirkt wie ein Schutzschild für die Vertreter des Systems. Man denkt in der Tschechoslowakei anders darüber als in England! Aber jenseits der Grenzen des Landes, in dem die deutsche Feme ihre blutige Arbeit verrichtete, schweigt man — sei es aus Lauheit des Gewissens, sei es aus Bequemlichkeit, sei es aus illusionärem politischem Opportunismus.

Wer den Mord an Formis als Einzelfall beiseiteschiebt, um das System Hitler als ferne jeder wilden Aktivität zeichnen zu können, macht sich einer Fälschung schuldig. Die Vorbereitung und Methode dieses Mordes läßt eindeutig erkennen: das war ein amtlich befohlenes, mit amtlicher Unterstützung ausgeführtes Verbrechen. Der Wagen, die Pässe, das Geld, die Informationen, das Verhalten der deutschen Presse — alles spricht laut und eindeutig für den, der hören will. Es müssen im Zusammenhang mit diesem Verbrechen eine Reihe von Fragen aufgeworfen werden:

Wer ist die deutsche Stelle, die Todesurteile fällt gleich dem gegen Formis? Ist es eine gerichtliche Behörde, ist es eine Verwaltungs- oder Parteistelle?

Wer wählt die Mörder aus, instruiert sie und versieht sie mit Geld und Waffen?

Wem melden die Mörder »Befehl« ausgeführt, und wer belohnt sie?

Wie ist das Verhältnis zwischen der

Reichsregierung und jener Behörde, die solche Morde beschließt und durchführen läßt?

Gibt es eine prinzipielle Billigung des Reichskanzlers für diese mörderische Aktivität jenseits der deutschen Grenzen, oder wird in jedem Spezialfall seine Billigung eingeholt? Wird er, wie am 30. Juni als »oberster Gewaltsherr« die Verantwortung für diesen gemeinen, abscheulichen Mord übernehmen, bei dem ein Mann in die Arme einer Frau gelockt wurde, um ihn dann zu erschließen?

Wir raten allen, die mit bewundernswerter Leichtigkeit des Gewissens und ebenso bemerkenswerter Verschlossenheit des Verstandes über diese Tat hinweggleiten, über den verwaltungsmäßigen Zug der deutschen Fememordorganisation nachzudenken. Wir wissen recht gut, daß man nicht gerne solche Geheimnisse berührt. Als seinerzeit der bekannte Oberleutnant Schulz — übrigens eines der Opfer des 30. Juni — als Chef der Fememörder verurteilt wurde, hörte die Aufhellung des Femekomplexes gerade dort auf, wo es interessant wurde!

Die geistige Disposition zu solchen Verbrechen ist aufs engste verknüpft mit dem Geiste der deutschen Irredenta. Man mag sich aus politischem Opportunismus noch so sehr sträuben gegen die Erkenntnis des Wiedererwachens wilder Aktivität des Hitlersystems nach der Saarabstimmung — die Tatsachen sprechen laut genug! Wie mit einem Schlage zeigt sich die alldeutsche irredentistische Aktivität an allen Ecken und Enden, kräftig geschürt von der deutschen Presse.

Da ist der Fall Memelland. Die

»Westfälische Landeszeitung« nennt das Memelgebiet die »Ost-Saar«. Sie fordert eine Volksabstimmung wie an der Saar. Die deutschen Behörden leugnen nicht, daß die Reichswehr in Ostpreußen verstärkt und daß halb-militärische Formationen an der Grenze von Litauen zusammengezogen worden sind.

Auch die Intensität der deutschen Propaganda unter den Flamen in Belgien ist unmittelbar nach der Saarabstimmung wieder gewachsen. In Oesterreich hat Herr von Papen selbst für eine Demonstration der Anschlußbewegung gesorgt.

Die »Münchener Neuesten Nachrichten« haben plötzlich des von Hitler systematisch vergessene Südtirol entdeckt und haben eine Artikelserie über das Thema begonnen, daß die Regierung Mussolini, die mit Energie die Interessen der Bevölkerung von Malta und Tunis wahr, den Bewohnern von Südtirol das elementarste Lebensrecht verweigert. Erregt hat darauf der »Messaggero« geantwortet, mit ihm andere italienische Zeitungen.

Zu allem Ueberfluß führt die »Frankfurter Zeitung« einen angeblichen Aufstand der griechischen Bevölkerung des Dodekanes gegen die italienischen Behörden auf das Ergebnis der Saarabstimmung zurück:

»Nach den Kommentaren der griechischen Zeitungen ist der Aufstand hauptsächlich durch das Ergebnis der Saarabstimmung hervorgerufen worden, denn dieser Sieg müsse jede nationalgesinnte Bevölkerung ermutigen, die Fremdherrschaft abzuschütten. Auch auf Zypern, wo die überwiegend griechische Be-

völkerung unter englischer Oberherrschaft steht, hat das Saarabstimmungsergebnis den nationalen Mut gewaltig gestärkt. Nach den vorliegenden Meldungen hat die Bevölkerung Zyperns mit ausdrücklicher Berufung auf die Saarabstimmung beim Völkerbund in Genf beantragt, eine ähnliche Abstimmung auf Zypern zu veranstalten, weil zweifellos eine erhebliche Mehrheit der Bevölkerung für den Anschluß an die griechische Heimat eintrete. Dieser Antrag hat in Griechenland begeisterte Zustimmung gefunden.«

»Die ganze Tendenz dieser Tage ist auf Ruhe gerichtet« — so versichert uns trotzdem die konservative englische Propaganda. Sie sind schon zufrieden, wenn das Hitlersystem nicht alle vierzehn Tage eine Orgie der Massenmorde liefert! Sie glauben, das europäische System stabilisiert zu haben, wenn sie über die Wildheit des deutschen Systems hinwegsehen. Aber die Tendenz des Hitler-Systems ist gar nicht auf Ruhe gerichtet. Es stochert in allen Wunden, es schreckt vor keinem Verbrechen zurück. Je offensichtlicher man in Europa die Taktik des Schweigens gegenüber den Verbrechen des Hitlersystems verfolgt, desto dreister wird es sie durchführen. Auf diesem Wege erreicht man keine europäischen Lösungen, sondern nur ein Aufgehen aller Probleme in einem künftigen Chaos der Wildheit.

Die offensbare Duldung eines schreienden Verbrechens, das aus der Rechtsverachtung des Machtdünkels geboren ist, ist die schlechteste Einleitung zu einem Versuch, die internationalen Beziehungen in Europa auf den Boden des Rechts zu stellen!

## Die Gewinner des Dritten Reichs

### Krupp macht Profit — die Aufrüstung bekommt ihm

Die Firma Friedr. Krupp A.G. in Essen kann auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Sie kann mit dem Dritten Reich zufrieden sein, nicht alle können das von sich sagen. Aus dem Bericht für das am 30. September 1934 abgeschlossene Geschäftsjahr geht hervor, daß sich bereits das erste Volljahr Drittes Reich gelohnt hat. Seit 1930 hatte Krupp stets in den für die Öffentlichkeit bestimmten Jahresabschlüssen einen Verlust ausgewiesen, im letzten Jahre vor Hitler sogar von 3 Millionen Mark. Das besagt natürlich nicht, daß der Verlust wirklich diese Höhe oder daß er überhaupt bestanden hatte. Da die Firma Krupp völlig im Besitz der Krupp'schen Familienmitglieder ist, braucht auf außenstehende Aktionäre keine Rücksicht genommen zu werden. Die Höhe der Dividende kann nach dem Eindruck bemessen werden, den man auf die Öffentlichkeit zu machen wünscht. Bis zum Ausbruch des Dritten Reiches war der Verlustausweis eine Waffe im Kampf gegen ein Regime, in dem die Arbeiter mitzureden hatten. Jetzt kann man es sich leisten, die Maske des an Profitten Notleidenden fallen zu lassen, man hat sogar allen Anlaß, zu zeigen, wie prächtig die Geschäfte unter der Sonne des Dritten Reiches gedeihen.

Die Zunahme der Produktion bei Krupp ist erstaunlich. Es stieg die Erzeugung von Roheisen um fast 80, Rohstahl um 58, der Walzwerke um 63, die Kohlenförderung um rund 15 Prozent. Ueber die Höhe der Produktion der weiterverarbeitenden Betriebe werden Zahlen nicht genannt. Das hat seinen Grund. Die

Welt braucht nicht zu erfahren, was man alles bei Krupp aus Eisen und Stahl verfertigen kann. Der Name Krupp sagt genug. Erwähnt wird, daß die Belebung des Inlandsmarktes durch die Reichsautobahnen und vor allem durch die Bestellung von Kraftwagen kräftig angeregt worden ist. Im Export dagegen hätten »die bekannten Schwierigkeiten unvermindert fortbestanden. Krupp hat es also so gut wie ausschließlich Hitler und seinem Willen zur Wehrhaftmachung der Nation zu danken, daß die Ausnutzung der Stahlwerke von 44 Prozent im Vorjahre auf 75 Prozent steigen konnte. Auch Schachts Devisensperre hat sich für Krupp reichlich gelohnt. Die Förderung aus eigenen Erzgruben war auf fast das Dreifache gestiegen, seine Folge der teilweisen Ersetzung der Erzimporte durch heimische Rohstoffe.

In noch höherem Prozentsatz als die Produktion waren die bilanzmäßigen Gewinne angewachsen. 1932/33 ein Reinverlust von mehr als 3 Millionen, 1933/34 ein Reingewinn von 6¼ Millionen, also eine Zunahme des Reingewinns um 10 Millionen Mark! Das ist aber noch nicht alles. Die Abschreibungen hatten von 20½ auf 30¼, also um 10 Millionen und fast 50 Prozent zugenommen. Diese Ueberabschreibungen sind überwiegend, wenn nicht ausschließlich versteckte Gewinne. Schon eine flüchtige Durchsicht der Jahresrechnung also ergibt einen Gewinnzuwachs von etwa 20 Millionen gleich rund 13 Prozent des Aktienkapitals.

Die Firma Krupp »verzichtet« auf Divi-

dende, diesmal aber nicht wegen zu großer Verluste, sondern trotz riesenhafter Gewinne. Dieses »Opfern« hat mit allen Opfern, die der Besitz im Dritten Reich bringt, gemeinsam, daß es nur symbolisch gemeint ist. In der Villa Hügel wird deshalb nicht gehungert.

### Ein Staatsanwalt will Köpfe

Am 19. Juli 1931 wurde in Neisse ein SA-Mann erschossen. Zwei Kommunisten wurden unter dem Hitlersystem verhaftet und der Mittäterschaft beschuldigt. Nach langer Untersuchung, bei der selbst beteiligte SA-Leute für die Beschuldigten aussagten, blieb übrig ein Vergehen gegen das Schußwaffengesetz. Beide wurden auf Grund des Amnestiegesetzes vom 20. Dezember 1932 amnestiert.

Dennoch erhob der Staatsanwalt auf neue Anklage wegen Mordes gegen beide! Es kam am 26. September 1934 zur Schwurgerichtsverhandlung. Beide wurden freigesprochen.

Aber der Staatsanwalt gab keine Ruhe, er wollte Köpfe haben. Er legte Revision ein. Die Reichsanwaltschaft selbst bezeichnete die Revision als begründet, der vierte Strafsenat wies sie zurück. Der Staatsanwalt hat auf »ilegale« Wege die beiden Köpfe nicht erhalten.

Bei dem Eifer dieses Kopfgängers sitzen die Köpfe der Verfolgten dennoch locker!



# Keine Amnestie für Gereke!

Er muß 2½ Jahre sitzen.

Gerade zwei Jahre sind es her, daß der Landrat a. D. Dr. Gereke als Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung in die Hitlerregierung eintrat. Gereke war aber kein Pg., sondern ein Deutschnationaler und wurde, als der treudeutsche Ueberfall der Nazis auf ihre deutschnationalen Koalitionsgenossen einsetzte, das erste Opfer. Eines Tages wurde er wegen angeblicher Korruption verhaftet, und ein gehorsames Gericht in Berlin verurteilte ihn zu 2½ Jahren Gefängnis. Gereke war bei der Reichspräsidentenwahl Wahlmacher Hindenburgs gegen Hitler gewesen; dafür mußte er bestraft werden. Von den Wahlfonds waren noch 480.000 Mark übrig geblieben, und Gereke hatte sie zum Zweck weiterer politischer Verwendung zurückbehalten. Daraus drehte man ihm den Strick, obwohl das Landgericht zugeben mußte, daß Gereke weder in diesem noch in einem zweiten ihm vorgeworfenen Fall zum Zweck der persönlichen Bereicherung gehandelt hatte.

Inzwischen ist im Dritten Reich eine sogenannte Amnestie erlassen worden, und Gereke hat vor dem Reichsgericht diese Amnestie für sich in Anspruch genommen. Das Reichsgericht aber wies ihn ab mit der Begründung, keines der Vergehen des Angeklagten sei amnestiewürdig, denn der Angeklagte habe sich mit den durch die strafbaren Handlungen erlangten Mitteln den Weg zur Erreichung seiner politischen Ziele ebnen wollen. Ein derartig »eigenmächtiges politisches Geltungsbedürfnis« rechtfertige die Anwendung der Amnestie ebensowenig, wie wenn ein Politiker gelegentlich einer politischen Aktion aus Eigennutz handelt.

Daß die Nazis Hunderte von Millionen gestohlen haben, um ihr »politisches Geltungsbedürfnis« und nicht nur dieses, sondern auch ihre gemeinsten Triebe zu befriedigen, davon weiß das Reichsgericht nichts. Das Reichsgericht hat auch nichts davon bemerkt, daß der Prozeß gegen Gereke nur ein Racheakt an einem politischen Gegner war. Aber desto besser hat es bemerkt, daß die Freilassung des Opfers den Wünschen der Machthaber widersprach, und zur Ausführung der ihm erteilten Aufträge hat es stets die feinsten juristischen Argumente auf dem Lager. So bleibt Hitler die Verlegenheit erspart, noch einen ehemaligen Minister ins Konzentrationslager sperren oder ermorden lassen zu müssen. Gereke bleibt im Gefängnis des Dritten Reiches — wegen »politischen Geltungsbedürfnisses«.

## Ein bürokratisches Idyll

Der Reichsfinanzminister Schwerin-Krosigk hat Rücktrittsabsichten. Kann er die Last der Weichselstadt nicht mehr ertragen, graut ihm vor den Folgen seines lapidaren Satzes: »Es wird gepumpt?« Will er gegen Hitler, gegen Schacht, gegen das ganze System demonstrieren?

Nichts von dem. Der Präsident des Reichsrechnungshofes erreicht die Altersgrenze. Dieser Posten ist glänzend bezahlt. Es ist ein ruhiger Posten, dem Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit entzogen. Man kann an dieser Stelle dieses System, vielleicht auch noch das nächste und übernächste, überdauern. Reichsfinanzminister im System Schacht — Hitler — das hat auf alle Fälle etwas Halsbrecherisches an sich. Als guter Hausvater strebt der Herr Reichsfinanzminister nach der Besoldung und der Sicherheit.

Mögen immerhin Deutschlands Finanzen ruiniert werden, mag das Volk ausgequetscht werden wie eine Zitrone, mögen um ihn herum Schüsse krachen, Opfer fallen, Kollegen verschwinden — der Herr Reichsfinanzminister hält unverrückbar seine Augen auf die Möglichkeiten gerichtet, die sich ihm noch bieten, nachdem er es auf der bürokratischen Leiter so weit gebracht hat.

Ist es nicht ein bürokratisches Idyll — dieser Mann, der an seine bürgerliche Sicherheit, an seine vielen Kinder, an die Segnungen des bürokratischen Systems für seine getreuen Knechte denkt und darüber ganz vergißt, daß er sich einem System verkauft hat und einer Reichsregierung angehört, die furchtbare Verantwortung trägt — nicht nur für Geld, sondern für vergossenes Blut!

# Die blutige Methode

Deutsche Mörderarbeit im Ausland

## Liechtenstein.

Am 5. April 1933 überfielen in Vaduz deutsche Nationalsozialisten aus Baden, die per Auto nach Liechtenstein kamen, die Brüder Fritz und Alfred Rotter, Berliner Theaterrichtoren, die seit längerer Zeit wegen verschiedener Betrugsaffären aus Deutschland flüchtig sind, und versuchten sie zu verschleppen. Der Hoteller in Vaduz, Rudolf Schädler, bei dem die Rotter wohnten, stand mit den Menschenräubern im Bunde; er lud seine Gäste zu einer Autotour ein, um sie der nationalsozialistischen Ueberfallstruppe in die Hände zu spielen. Bei dem Kampf, der sich entspann, stürzte der eine der beiden Brüder mit seiner Frau auf der Flucht über einen Felsabhang; beide fanden den Tod. Oesterreich.

Am 5. April 1933 wurde in Durchholz bei Kufstein in einem Hotelzimmer Dr. Georg Bell, der frühere Mitarbeiter Röhm's von einem Mordkommando der SA erschossen. Das Mordkommando war in einem Auto der nationalsozialistischen Parteileitung erschienen. Im Auftrage Himmlers — damals Münchner Polizeipräsident — fuhr ein Polizeiauto mit Hilfspolizei zur Bedeckung des Mordautos mit.

## Litauen.

Zur Zeit wird in Litauen der sogenannte Memellandprozeß geführt. Ueber die Tatbestände, die dem Prozeß zugrunde liegen, heißt es in der Anklageschrift:

»Die Sovog-Organisation (»Sozialistische Volksgemeinschaft« — das ist der getarnte Name der Naziorganisation in Memelland) forderte die Gruppenführer auf, die litauischen Organisationen im Memelgebiet zu unterdrücken und die Personen zu beseitigen, welche die Sovog-Partei kompromittieren oder ihrer Tätigkeit schaden können. Zu diesem Zwecke bildeten sich einige Terroristengruppen. Ihre Aufgaben sind aus dem geheimen Bericht des Gruppenführers Willy Lemke zu ersehen: »Wer von den Mitgliedern in leichtsinniger Weise Spitzeln und Großlitauern Material liefert, wird zum Tode verurteilt.«

1. Am 23. März 1934 verschwand spurlos der Gerichtsbeamte, älterer Wachtmeister, Georg Jesuttis. Am 15. April desselben Jahres wurde die Leiche des

Georg Jesuttis am linken Ufer der Jura im Dorfe Opstainiai, Kreis Pagegiai, gefunden.

Im Februar 1934 verhaftete die Sicherheitspolizei Walter Prieß und Georg Jesuttis. Während des Verhörs gestand Jesuttis, nach Berlin gereist und dort mit den NSDAP-Organen verhandelt zu haben. Am 12. Februar ging Prieß zu dem deutschen Vizekonsul Dr. Strack und sagte, daß es wegen der von Jesuttis während der Konfrontierung gemachten Aussage, gezwungen gewesen sei, alles zu gestehen und zu erzählen. In seiner Aufregung habe Dr. Strack ausgerufen: »Und der Mann lebt noch?«

Als einen gefährlichen Zeugen in dem Verfahren gegen Neumann (den Führer der Nazis) mußten die NSDAP-Agenten Jesuttis beseitigen. Für diese Beseitigung wurde von Moser (Tilsit) eine größere Geldbelohnung ausgesetzt. Am 23. März kam einer der Entführer, Wannagat, zu der verabredeten Stelle in einem Auto. Nach einiger Zeit erschienen Horn, Jesuttis, Boll, Lepa, Prieß. Jesuttis wurde in das Auto hineingetragen. Er schrie und verlangte, daß man ihn freilasse. Unterwegs stieg Prieß aus; Jesuttis, der über Vilkiakiai-Stadt nach dem Dorf Opstainiai gebracht wurde, war schon tot. Das Auto blieb hinter dem Kirchhof stehen, wo bereits Lange und Gittschalk warteten. Dann kam ein kleiner Wagen an, Jesuttis Leiche wurde aus dem Auto nach dem Wagen geschafft. Die Leiche wurde bis zu der Landwirtschaft Broschell gefahren, wo sie in einem kleinen Boot hingelegt wurde, etwas weiter gerudert und dann in die Jura geworfen.

2. Der Sohn eines Landwirtes, Wilhelm Loops, besuchte im Winter 1933 des öfteren den Gruppenführer Johann Wallat. Im Februar 1933 erzählte Wallat Loops, daß im Memel-Gebiet es bald einen Aufstand geben werde und daß er, zur Vorbereitung dieses Aufstandes, Instruktionen von den litauischen Sovog-Führern Paul Brokoph und Kurt Grau erhalten habe.

Im März 1934 nahm die Grenzpolizei den Sovog-Mitgliedern im Dorfe Grabupiai die Waffen ab. Loops war bei der Abtransportierung der gefundenen Waffen behilflich. Wallat befürchtete, daß Loops der Grenzpolizei die Tätigkeit der Sovog und ihr Gespräch über den Aufstand ver-

raten könnte und vereinbarte mit seinen Gruppenmitgliedern die Beseitigung Loops. Am 14. Mai 1934 ging Johann Wallat zu Ernst Wallat und gab ihm den Befehl, in der folgenden Nacht Loops zu erschließen. In derselben Nacht um 10 Uhr 45 Min. ging Ernst Wallat zu dem Hause Loops und da er wußte, in welchem Zimmer Loops schläft, stellte er sich ans Fenster und schoß direkt auf den schlafenden Loops. Loops wurde an der Hand verwundet.

Seit der Saarabstimmung nennt die deutsche Presse das Memelland »die Ostsaar«.

## Saargebiet:

In Hostenbach im Saargebiet wurde am 21. Januar der Holzhändler Meyer von einem polizeilichen Mordkommando vor den Augen seiner Frau und seines Sohnes erschossen. Um 19 Uhr abends am 21. Januar erschienen Polizeibeamte und Gendarmen unter Führung des Polizeikommissars Tilk in seinem Hause und wollten Paul Meyer verhaften. Meyer war im Jahre 1923 rheinländischer Separatistenführer, der in St. Goar zur Separatistenzeit auch ein staatliches Amt ausübte. Man wollte sich nunmehr offenbar an ihm rächen. Eine große Menschenmenge war, teilweise bewaffnet, vor seinem Haus versammelt, um im gegebenen Augenblick über den Verhafteten herzufallen. Aus diesem Grunde weigerte sich Meyer, dem Polizeibeamten zu folgen und flüchtete in den Keller. Er trug einen nicht geladenen Revolver bei sich. Seine Frau und sein Sohn stellten sich vor den Polizeibeamten. Sie wurden brutal zurückgestoßen. Der Kommissar behauptete, er sei angegriffen worden, zog seinen Revolver und gab drei Schüsse auf Meyer ab, der tot zusammenbrach.

## Tschechoslowakei.

In der Nacht zum 31. August 1933 wurde Professor Theodor Lessing in seiner Wohnung in Marienbad erschossen. Der Täter, ein Chauffeur Eckert aus Marienbad, war von deutschen Stellen beauftragt und bezahlt worden. Er flüchtete nach der Tat nach Deutschland und ist seither dort »unauffindbar«. Eckert stieg mit einer Leiter zum Fenster des Ermordeten, und gab einen wohlgezielten Schuß auf Lessing ab, der sofort tot war.

## Fememord in der Tschechoslowakei

In der Nacht zum 24. Januar wurde in einem kleinen Hotel in der Nähe von Prag ein deutscher Emigrant, der Ingenieur Rudolf Formis aus Stuttgart, durch drei Reichsdeutsche ermordet. Die Mörder sind drei deutsche Nationalsozialisten, die nach der Tat wieder nach Deutschland zurückkehrten.

Der Ermordete war bis kurz nach der Machtergreifung Hitlers der technische Leiter des süddeutschen Senders Mühlacker. Er galt als ein hervorragender Fachmann auf seinem Gebiet. Da Formis Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei war, genoß er dort zunächst großes Ansehen, und die Nazis bedienten sich gern der Hilfe dieses für sie überaus wertvollen Mannes. Bald nach Hitlers Machtantritt fiel er bei den Nazis in Ungnade und wurde ins Konzentrationslager gebracht. Von dort gelang es ihm zu entfliehen, aber die Entwicklung der Hitlerdiktatur brachte ihn in einen immer schärferen Gegensatz zu den Nazis. Vor etwa einem halben Jahr kam Formis als Emigrant nach Prag und nahm die Verbindung mit Dr. Otto Sraßer, dem Führer der »Schwarzen Front« auf. Nach dem Mord stellte sich heraus, daß Formis von diesem Haus aus mit einem Kurzwellensender eine lebhaft antihitlerische Propaganda entfaltet hatte.

Die Namen der Täter stehen fest, da sie sich seit dem 10. Januar in der Tschechoslowakei aufgehalten hatten. Es sind der 22jährige Gert Schubert, geboren in Berlin, der 23jährige Hans Müller, geboren in Kiel, und die 25jährige Edith Kersbach, geboren in Berlin. Die Täter kamen mit einem Auto mit der deutschen Nummer IP 48.259 über die Grenze.

Heute befinden sich die Mörder im Dritten Reich wieder in sicherer Hut. Die Feme hat ihren Auftrag erfüllt. Der gefährliche Schwarzsender schweigt. Der Mund, der

die Wahrheit über die Hitlerdiktatur in Deutschland verbreiten wollte, ist für immer geschlossen. Während Hitler seine Friedensreden hält, während der deutsche Rundfunk das Dritte Reich als das Land der Ordnung und Ruhe, der Freiheit und des Friedens preist, arbeiten im Stillen seine Mordkommandos.

Das Dritte Reich fühlte sich durch einen Mann bedroht, der nichts anderes unternahm, als auf den Aetherwellen die Wahrheit nach Deutschland zu tragen. So mächtig fühlt sich das tausendjährige Reich, so stark ist der »Führer und Reichskanzler«, daß sie diese eine Stimme der Wahrheit nicht ertragen konnten. Der Emigrant Formis ist tot, aber sein schreckliches Ende wird wie alle anderen Blutopfer der Diktatur weiter zeugen gegen das Verbrechen, das heute das deutsche Volk in Fesseln geschlagen hat.

## Der Kriegsfreiwillige von 1914—1918

Die Zeitschrift »Der Kriegsfreiwillige von 1914—1918« ist vom Propagandaministerium verboten worden, als sie kräftig in die Einbildung der nationalsozialistischen Organisation hineingestoßen hat. Der Verbot war sehr auffällig, weil Major Förtsch, Pressereferent des Reichswehrministeriums, gerade in dieser Zeitschrift einige wohlgezielte Aufsätze veröffentlicht hatte. An das Verbot sind gewisse Kombinationen geknüpft worden. Diese Kombinationen sind nun ebenso hinfällig wie das Verbot. Die Kräfte, die diese Zeitschrift gestützt hatten, sind zum Gegenangriff übergegangen. Die Zeitschrift »Der Kriegsfreiwillige von 1914—1918« wird demnächst wieder erscheinen, und zwar mit offizieller Unterstützung aus dem Propagandafonds der Reichswehr. Auch der Mann ist schon gefunden, der sie im Kasee der Reichswehr und wohl behütet vor der

Gestapo machen wird. Es ist Herr Karl Vetter, weiland Redakteur bei Mosse und entschiedener Republikaner, im glorreichen März 1933 gleichgeschaltet, trotzdem aber bei Mosse durch die Postenjäger des Ley hinausgeschmissen. Karl Vetter hat sich seinerzeit bei der Gleichschaltung dadurch legitimiert, daß er öffentlich behauptete, jetzt bräche bei ihm doch eben wieder »das alte Frontschwein« durch. So zu lesen im »Berliner Tageblatt« in einem Leitartikel des Vetter im April 1933. Jetzt arbeitet das »alte Frontschwein« für die Propagandaabteilung des Reichswehrministeriums. Der Mann hat eine Nase.

## Mißlungene Fledderei

Am 1. Februar verschwindet »Der Deutsche«, das Organ der Deutschen Arbeitsfront. Der Ley wollte mit dem »Deutschen« das Erbe der Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Parteipresse antreten. Nach seinem Bericht gehören der DAF 17 Millionen Menschen an. Unter dieser Masse wollte er fleddern. Diese Absicht ist kläglich mißlungen. Trotz allem Terror konnte die Auflage des »Deutschen« nicht über 150.000 getrieben werden, wobei es sich noch um die gedruckte, nicht die verkaufte Auflage handelt. Die Fledderei ist mißlungen — in der deutschen Arbeiterschaft findet die soziale Heuchelei der Ley und Konsorten keinen Widerhall.

Nun wird der Ley selbst gefleddert. Der »Angriff« will die Abonnenten des »Deutschen« für sich einfangen. Seine eigene Auflage (gedruckt, nicht verkauft) beträgt jetzt rund 53.000. Eine Beilage des »Angriff« soll der DAF zur Verfügung gestellt werden.

Die Gleichschaltung der Zeitungen ist voll gelungen — aber nicht die Gleichschaltung der Leser. Im Druckereigewerbe geht die Pleite um. Die Zahl der Beschäftigten ist um 22 Prozent gegen 1930 zurückgegangen.

Der Mangel an Geist und Freiheit setzt sich in materiellem Mangel um — hier wie auf anderen Gebieten.



## Die Industrie stößt weiter vor!

Die industriellen Geld- und Auftraggeber der Nationalsozialisten lassen nicht locker. Obwohl das System die Organisationen der Arbeiterschaft zerschlagen, den sozialpolitischen Schutz und die Rechte bis auf winzige Reste beseitigt hat, die Steuer-, Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik einseitig an den großkapitalistischen Interessen orientiert ist, sind die Industrieherrn doch keineswegs zufriedengestellt!

Sie fordern mehr!

Nämlich eine starke Nebenregierung, der sich die offizielle Regierung des Dritten Reiches zu unterordnen hat. Nichts weniger bedeutet die Forderung, die im »Deutschen Volkswirt« im Zusammenhang mit der Diskussion über die zu billende Reichswirtschaftskammer erhoben wird. »Der deutsche Volkswirt« tritt als Wirtschaftsorgan der Industriellen auf. Er verlangt, daß die Reichswirtschaftskammer als Arbeitsgemeinschaft der selbständigen Reichsfachgruppen gebildet wird. Sie soll

die Zusammenfassung der Reichsgruppen Industrie, Handwerk, Handel, Banken, Versicherungen und Energiewirtschaft mit der Dachorganisation der Kammer zum Zwecke der unmittelbaren Zusammenarbeit mit dem führenden Ministerium darstellen. Der Sinn dieser Zusammenarbeit kann aber niemals in der Verbindung der Referenten der Ministerien mit der wirtschaftlichen Praxis liegen. Diese praktische Anschauung muß sich der Ministerialbeamten doch bei den ungleich betriebsnahen Fachgruppen oder den Unternehmern selber holen. Sondern der eigentliche Sinn und Zweck solcher Zusammenarbeit von Reichsministerium und Reichskammer kann nur darin liegen, daß dem Minister als dem wirklichen Führer der Wirtschaft ein Generalrat der Wirtschaft zur Verfügung gestellt wird.

Zwischen dem Wirtschaftsministerium und der Reichswirtschaftskammer hat sich und niemand einzuschalten. Der Reichswirtschaftsminister als Führer soll verpflichtet werden, seine Weisungen, oder sagen wir treffender, seine Befehle von der Kammer entgegenzunehmen, die als »Generalrat der Wirtschaft« bezeichnet und deren Schwergewicht als Beirat ausdrücklich hervorgehoben wird.

Selbstverständlich offeriert die Industrie — wie immer! — für diesen Generalrat die »besten, selbstlosesten und sachkundigsten Personen«. Damit die großkapitalistische Nebenregierung reibungslos funktioniert, wird die Notwendigkeit des Fortbestehens der ehemaligen freien Verbände betont. Nämlich nur der Wirtschaftsverbände der Kapitalisten, nicht etwa der der Arbeiter!

Die Industriekapitalisten würden kaum wagen, so weitgehende Forderungen zu erheben, wenn sie nicht wüßten, daß Hitler sich ihnen nicht entziehen kann.

## Die Schande der Konzentrationslager

Die englische Regierung bemüht sich, eine Verständigung zwischen der konservativen Regierung Baldwin-Macdonald und dem Hitlersystem herbeizuführen. Sie steuert auf die Aufhebung der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages ab. Um diese Verständigung dem englischen Volke schmackhaft zu machen, möchte das konservative Kabinett das System Hitler bewegen, den Schein der Respektabilität anzunehmen. Die »Times« befassen sich in einem ausführlichen Aufsatz mit den deutschen Konzentrationslagern. Der Aufsatz ist außerordentlich zurückhaltend und beschönigend, er endet in dem Vorschlag, die Konzentrationslager völlig aufzuheben. Zwei Fälle werden in diesem Aufsatz besonders genannt:

»Da ist z. B. der Fall eines früheren Staatsministers. Verschiedene Arten der Mißhandlung, in dem jetzt geschlossenen Lager Hohnstein gipfelten in einem Angriff auf ihn letzte Pfingsten, bei dem er fast das Augenlicht verlor. Man hört, daß die verantwortlichen Wachen für diese Mißhandlung bestraft worden sind, aber ihr Opfer bleibt im Gefängnis in Dresden, wohin er zur Erholung gebracht worden ist. Ein ähnlicher Fall ist der eines Mannes, der vom Lager in eine Berliner Gefängniszelle gebracht wurde — körperlich und geistig völlig zusammengebrochen. Seine Frau durfte ihn einige Wochen pflegen und besuchen — aber er ist jetzt wieder in dasselbe Lager Esterwegen zurückgebracht worden, wo er seine schlimmsten Mißhandlungen erfahren hat. Würde nicht jede wirklich starke Regierung diese Männer ruhig zu ihren Familien zu-

## Die Vorbereitung

## zum nächsten Betrug

### Geheiminstruktionen des Propagandaministeriums aus den Tagen vom 16. bis 18. Januar an die deutsche Presse

»Es ist dringend erwünscht, daß die Zeitungen sich so wenig wie möglich mit den Vorgängen in Oesterreich beschäftigen. Die Redaktionen werden angewiesen, Kommentare zu unterlassen, die auf etwaige deutsche Wünsche hinsichtlich Oesterreichs hinweisen, es muß alles unterbleiben, was jetzt Auslands-Verdacht erwecken kann.

Die Presse wird verwahrt, im Augenblick besonders die deutschen Revisionsforderungen hinsichtlich abgetretener Gebiete zu betonen. Falls Ereignisse irgendwelcher Art Kommentare unumgänglich notwendig machen, möglichst vorher neue Richtlinien einholen. Völlig unzumutbar und nicht im außenpolitischen Interesse gelegen zur Zeit jede Erörterung über Ausdehnung der Gleichberechtigungsfrage auf territoriale Fragen.

»Times«-Anregung bezüglich Verzicht auf Militärklauseln zunächst vorsichtig kommentieren, nicht gleichlautende Absichten der Reichsregierung erkennen lassen. Selbstverständlich zustimmend kommentieren, doch auf vorsichtiger Mittellinie. Hinweise auf längst zutagegetretene Bruchigkeit des ganzen Vertrages sehr angebracht. Vorsichtig, niemals als Forderung formulieren und nicht Vorwegnahme späteren Regierungsstandpunktes.

Nachrichten über Rundfunkprogramme, in welchen Darbietungen über abgetretene Gebiete erfolgen, nicht veröffentlichen.

Nachrichten über nationale Kundgebungen und Veranstaltungen an den Grenzen der abgetretenen Gebieten oder in diesen selbst sind ausschließlich als spontane Kundgebung deutschgesinnter Bevölkerung oder auch Saar-Sympathie-Feiern zu bezeichnen.

Ausländische Nachrichten, wonach noch vor Londoner Zusammenkunft Laval-Simon eventuell neuer deutscher Schritt erfolgen soll, nicht veröffentlichen. Zurückhaltung in der Ostpakt-Frage dringend erforderlich. Betonung gemeinsamen Vorgehens zwischen Berlin und Warschau nicht opportun. Definitive Leitgedanken für die Behandlung beider Probleme ergeben baldigst.

Die Redaktionen werden dringend gebeten, die gegenwärtigen wichtigen außenpolitischen Verhandlungen durch keinerlei Undiszipliniertheiten zu stören, vor allem unbedingt alles vermeiden, was der Gegenseite unnötige Anhaltspunkte bietet.

Gerüchte darüber, daß die Regierung beabsichtige, die allgemeine Wehrpflicht vom 24. Lebensjahr an auf die Dauer von drei Jahren einzuführen, sind vorläufig unter keinen Umständen, auch nicht im Rahmen wehrpolitischer Erziehungsfragen, zu erwähnen. Meldungen über Kasernen-Neubauten in Döberitz, Cladow und bei Magdeburg streng verboten!

Die Presse soll sich tunlichst wenig, nach

Möglichkeit gar nicht mit der geplanten inneren Anleihe beschäftigen. Auf keinen Fall Bezeichnung als Zwangsanleihe oder Nationalopfer statthaft. Ueber technische Durchführung der Anleihe — sobald es zu ihrer Auflegung kommt — darf nur im Rahmen der amtlichen Mitteilungen berichtet werden.

Handelsvertragsverhandlungen mit Amerika vorsichtig besprechen. Insbesondere Vorsicht bei der Darstellung deutscher Erfordernisse, es darf nicht Eindruck einer Zwangsnotlage Deutschlands entstehen.

Ausländische Meldungen, daß viele deutsche Fabriken nur noch wenige Baumwollvorräte für wenige Wochen haben, sind auch nicht in Form von Dementis zu veröffentlichen.

Es ist dringend erwünscht, daß anlässlich der Völkerbundsentscheidung gegen den Fürsten Pleß etwaige gehässige Angriffe gegen Polen unterbleiben. Dagegen aus diesem Anlaß Kritik an Völkerbundsmaßnahmen nicht unerwünscht.

Bevorstehende Reise Görings nach Warschau nicht als Staatsbesuch kommentieren, sondern nur Jagdvizite. Kommentare keineswegs in der Richtung, als ob es notwendig wäre, erneut gemeinsame Richtlinien zwischen Deutschland und Polen festzulegen.

## Frick, die Gestapo und die Katholiken

Aus Hitlerdeutschland emigrierte oppositionelle Katholiken haben der Öffentlichkeit die nachstehenden offiziellen Aktenstücke übermittelt:

I. Dortmund, den 25. VI. 34.

Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Arnberg.

19 4193

Betrifft: Katholische Aktion.

Die Exerzitien der katholischen Verbände nehmen einen ungewohnten Umfang an, insbesondere wurde die Teilnahme von Ausländern, teils als Teilnehmer beobachtet. Eine Ueberprüfung der beteiligten Persönlichkeiten wird daher notwendig. Die Exerzitienhäuser sind rechtzeitig zu unterrichten, daß für die Teilnehmer der Exerzitien polizeiliche Anmeldepflicht besteht. Die Durchführung ist zu überwachen. Die Teilnehmer sind mir zu melden unter Angabe der Personalien. Ich ersuche, mir die Exerzitienkalender der einzelnen Diözesen, bzw. Pfarreien, Klöster pp. rechtzeitig zuzusenden.

II.

Die Fuldaer Bischofskonferenz, wegen dieser Ueberwachung der Exerzitienhäuser interpelliert, intervenierte an zuständiger Stelle und erhielt diese Antwort:

Berlin NW, den 22. August 34.

Königsplatz 6.

Der Reichsminister des Innern

Nr. III, 2961—3020.

Im Anschluß an mein Schreiben vom 25. Juli 1934 — III 1517—3020, 1622—3000 teile ich ergebenst mit, daß irgend eine Ueberwachung der Exerzitien seitens

rückkehren lassen? Man hofft, daß wenigstens einige dieser Männer zeitig in diesem Jahre entlassen werden, aber was nötig ist, ist nicht Gerechtigkeit und Edelmüt in einigen wenigen bevorstehenden Fällen, es gibt viele andere geringere Opfer, deren Namen unbekannt sind.

In den beiden besonders angeführten Fällen handelt es sich erkennbar um die Genossen Liebmann und Heilmann.

## Göring zerstört eine Legende

Das Regime und die Reichswehr.

Legenden sind unentbehrliche Stützen des Regimes. Aber niemand zerstört diese Legenden des Regimes wirksamer als das Regime selbst.

Hat Hitler nicht wiederholt betont, daß der Nationalsozialismus in voller Uebereinstimmung mit der Wehrmacht das Staatsruder ergriffen hat? Hat der Führer seine aufbegehrenden SA- und SS-Leute, die die wachsende Macht der Reichswehr am deutlichsten zu spüren bekamen, nicht mit dem Hinweis zu beruhigen gesucht, daß »wir nicht wären, was wir sind, wenn

der Geheimen Staatspolizei weder angeordnet noch beabsichtigt war. Die Geheime Staatspolizei hat lediglich die nachgeordneten Dienststellen darauf hingewiesen, daß auch für die Teilnahme an Exerzitien die für alle Staatsbürger geltende polizeiliche Meldepflicht besteht. Wenn anders verfahren worden ist, so liegt lediglich ein bedauerliches Versehen eines untergeordneten Organs vor.

Im Auftrage: gez. Dr. Bettmann.

Beglaubigt: gez. Streiter, Kanzleisekretär.

III.

Soweit wäre nichts besonderes zu registrieren. Aber das Interessanteste kommt noch, ein drittes Dokument, das die doppelzähligen Methoden der Diktaturpolizei aufs eindeutigste entlarvt:

Berlin, den 22. August 1934.

Geheimes Staatspolizeiamt

11. I. B. I. — 1405—34

Geheim

Betrifft: Katholische Aktion

Vorgang:

Erlaß vom 20. August 1934—11

I. B. I. — 1405—34

Aus staatspolitischen Erwägungen mußte der Erlaß vom 20. Juni 1934 — 11. I. B. I. — 23629 — in dem die Teilnehmer an den Exerzitien zur polizeilichen Anmeldung verpflichtet wurden, aufgehoben werden.

Ich ersuche jedoch weiterhin, soweit möglich, die Exerzitien zu überwachen und Teilnehmer, insbesondere Beamte, Lehrer und dergleichen unangefordert zu melden.

Im Auftrage: gez. Appel.

An alle Staatspolizeistellen.

Laß deinen Innenminister nicht wissen, was deine Gestapo tut!

die Reichswehr nicht immer an unserer Seite gestanden hätte? Alles Legende, alles Lug und Trug! Der Propagandaminister Göbbels hatte diese Worte schon als Lüge gekennzeichnet, ehe Hitler sie gesprochen. In Göbbels Aufzeichnungen »Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei« ist es nämlich ganz anders zu lesen. Göring könnte daraus zitiert haben. Vielleicht hat er noch weiter zurückliegende Veröffentlichungen benutzt.

Am 31. Januar 1933 enthüllte die »Tägliche Rundschau«, die während der Regierung Schleicher Regierungsorgan war, warum Schleicher, der seine Zeit noch garnicht für gekommen hielt, so übereilt die Regierung Papen ablöste. Unverblümt sprach die Rundschau aus, daß ein zweites Kabinett Papen... »mit großer Wahrscheinlichkeit die Wehrmacht auf die Straße gezwungen hätte, um die Maschinengewehre für die Erhaltung überlebter Wirtschaftsformen sprechen zu lassen.« »Jawohl, auch in den Tagen des »nationalen Erwachens« tobten die Kämpfe um Herrschaft und Vorherrschaft bestimmter Kapitalgruppen. Und es ist kurios, daß nicht die Reichswehr, sondern der lärmende, vor Idealen scheinbar platzende Nationalsozialismus, der

die deutsche »Revolution« ankündigte, die Reaktion verkörperte.

Papen gab den Ton an: Wahrung der Privatinitiative, und das war der Schlachtgesang der Reaktion, die sich »revolutionär« und »fortschrittlich« tarnte und selbst gegenüber der Wehrmacht reaktionär war. Junkerinteressen und die westdeutschen Scharfmacher haben gesiegt, das alte Bündnis Großgrundbesitz—Schwerindustrie. Der Nationalsozialismus hat diese Kräfte gerettet wie diese umgekehrt ihn. Und darum hat Göring, als er in den Apparat der SA eingriff, zugleich nach der anderen Seite ausgeschlagen und Schleicher ermorden lassen, denn von hier fürchtete er neuen Widerstand.

Göring, der Mann der alten Mächte, sieht nun die ständige Machterweiterung der Reichswehr. Er weiß besser als andere, daß sie, sobald sie die nötige Macht dazu hat, aus militärischen Gründen die Schleicherpolitik im wesentlichen wieder aufzunehmen versuchen wird. Bald drohend, bald schmeichelnd, sucht er an die Reichswehr Anschluß, aber er ist an Charakter und Zielsetzung der Mann anderer Mächte und die Benderstraße zeigt ihm die kalte Schulter.

Nationalsozialismus und Reichswehr waren vor dem 30. Januar Gegner. Sie sind es nach dem 30. Januar 1933 noch immer, wenn auch in anderen Formen. Görings Unterredung mit einem Vertreter des »Völkischen Beobachters«, die demonstrative Verbreitung seiner Äußerungen, daß Schleicher am 29. Januar 1933 einen Putsch geplant und die Reichswehr mobilisiert hatte, andererseits das Drängen des Vereins der Generalstabsoffiziere und anderer militärischer Kreise, eine Untersuchung über den Fall Schleicher einzuleiten, sind nur einige der sichtbaren Symptome dieses Gegensatzes.

## Rüffel für Baldur

»Der thüringische Minister für Volksbildung, Wächtler, wendet sich in einem Rund-erlaß gegen Eingriffe in den inneren Schulbetrieb. In der letzten Zeit sei es wiederholt vorgekommen, daß sich Parteidienststellen ohne behördliche Genehmigung Eingriffe in den inneren Schulbetrieb erlaubt hätten.

Der Minister weist mit größtem Nachdruck darauf hin, daß es den Schulleitungen auf das strengste untersagt ist, von außen kommende Anordnungen, die den inneren Schulbetrieb betreffen, zu befolgen, wenn sie nicht über die Schulaufsichtsbehörde gehen. Insbesondere sei es unzulässig, wenn politische Amtswalter oder Jungbannführer ohne Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde für alle Klassen und Lehrer verbindliche Schulwanderungstage anordnen.

Sollten sich, so erklärt Minister Wächtler, die in der letzten Zeit wahrgenommenen Uebergriffe wiederholen, so werde er mit schärfsten Maßnahmen eingreifen.

(Berliner Tageblatt, 5. I. 35.)

Rückschaltung, wohin wir blicken!



# Das enthüllte Geheimnis

I.

Vor vierzehn Tagen schrieben wir in dem Artikel »Das Geheimnis des Dr. Schacht« an dieser Stelle:

»Das ganze Geheimnis der Schachtschen Finanzierung besteht also in der fortschreitenden Illiquidierung der deutschen Wirtschaft, in dem Verbrauch von Reserven, die jederzeit einsatzbereit vorhanden sein müssen, sobald echter volkswirtschaftlicher Bedarf entsteht und befriedigt werden soll.«

Und wir sagten voraus, daß Dr. Schacht auf diesem Wege weiterschreiten und die Macht über die Sparkassen, der er sich im neuen Bankgesetz selbst verliehen hat, bald dazu mißbrauchen werde, um sie zur Anlage der Sparkassengelder in eine langfristige Anleihe, also zu einer weiteren Festlegung und Immobilisierung der von ihnen verwalteten Spargelder zu zwingen.

Jetzt ist es soweit! Am 24. Januar wurde »mitgeteilt«, daß das Reich eine Anleihe von 500 Millionen Reichsmark begibt. Die Anleihe wird ausschließlich vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband und der Deutschen Girozentrale übernommen und von diesen an die Sparkassen weiter verkauft. Sie ist mit 4½ Prozent verzinslich und mit 2 Prozent einschließlich der ersparten Zinsen zu tilgen. Sie hat also eine Laufzeit von 28 Jahren. Der Ausgabekurs beträgt 98¼ Prozent, so daß sich die effektive Verzinsung auf etwa 4,65 Prozent errechnet.

Der Erlös wird vom Reich zur Einlösung von Arbeitsbeschaffungswechseln verwendet werden, es wird vor allem einen Teil der bei der Reichsbank liegenden Wechsel zurückkaufen. Die Reichsbank wird so durch die Aneignung des Geldes der Sparrer entlastet. Freilich ist diese Entlastung zum Teil nur eine scheinbare, denn die Reichsbank hat die Verpflichtung übernommen, die neue Anleihe unter Umständen zu beliehen. Aber solange die Sparkassen in der Lage sind, die Anleihen selbst zu behalten, findet in der Tat eine Reduktion der rund 2 Milliarden Arbeitsbeschaffungswechsel, die die Reichsbank bis jetzt diskontiert hat, um 500 Millionen statt.

Diese zwangsmäßige Festlegung der Spargelder für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung fügt dieser einen neuen Zug hinzu. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Kosten der Arbeitsschlacht zu einem erheblichen Teil von den Arbeitenden selbst getragen werden müssen. Sie mußten die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich hinnehmen, dabei hat der Mangel an Rohstoffen in der Textilindustrie und neuerdings in der Oelmühlenindustrie zu so großer Arbeitsstreckung geführt, daß die Löhne sogar unter das nationalsozialistische Existenzminimum gesunken und die verstärkte Kurzarbeiterunterstützung eingeführt werden mußte, die wieder aus den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen, also von den Arbeitenden genommen wird. Dazu kommt, daß die gesamte Lohnsumme trotz der vermehrten Beschäftigtenzahl sich kaum vermehrt hat. Die Neueingestellten erhalten ihre Löhne aus dem Lohnabzug der in Arbeit Befindlichen. Jetzt werden die Spareinlagen der Arbeiter und kleinen Leute über den Umweg einer sogenannten Anleihe in den faulen Wechseln angelegt, mit denen die Arbeitsschlacht finanziert wird. Es ist die Verminderung der Arbeitslöhne und die Beschlagnahme der Spargelder, mit denen Hitler und Schacht die gewaltigen Rüstungen bezahlen. Das ist das enthüllte Geheimnis des Dr. Schacht.

II.

Schacht hat sich mit der zwangsweisen Konsolidierung einer halben Milliarde Arbeitsbeschaffungswechseln nicht begnügt. Er fügt ihr hinzu die zwangsweise Herabsetzung der Pfandbriefzinsen und der Zinsen für Kommunalobligationen.

Alle Kreditanstalten, die Pfandbriefe gegen Hypotheken privater oder öffentlicher Schuldner begeben haben, werden durch Gesetz ermächtigt, ein Umtauschangebot zu erlassen. Von dem Umtausch werden alle Pfandbriefe erfaßt, die bisher mit 6 Prozent (das war die Regel) und mehr verzinslich waren. Jetzt wird die Verzinsung auf 4½ Prozent, und zwar mit Wirkung ab 1. April 1935 festgesetzt. Bei Annahme des Angebot erhält der Besit-

zer des Pfandbriefes eine einmalige Zahlung von 2 Prozent. Insgesamt handelt es sich um eine Summe von rund 8 Milliarden, und die jährliche Zinsersparnis beträgt etwa 120 Millionen.

Die 6-Prozent-Pfandbriefe hatten bisher einen Kurs von 97 bis 98 Prozent, die Kommunalobligationen von 95 Prozent. Andererseits notierten 6prozentige Reichsschuldbuchforderungen 100½ Prozent und mündelsichere 7prozentige Reichsbahnvorszugsaktien 118½ Prozent, was einer Verzinsung von 5,9 Prozent entspricht. Unter normalen Verhältnissen wäre also der Umtausch der 6prozentigen Pfandbriefe in die neuen 4½prozentigen ein schlechtes Geschäft und die Besitzer würden statt des Umtausches die Bareinlösung ihrer Pfandbriefe verlangen, um das Geld in höher verzinslichen Werten anzulegen.

Hatte nun Schacht nicht immer feierlich versichert, er werde jeden zwangsweisen Eingriff in das Eigentumsrecht vermeiden? Bei der Zinssenkung dürfe es sich nur um einen organischen Prozeß handeln, jedes gewaltsame Vorgehen sei von Uebel. Wenn aber Schacht, darin ein echter Nationalsozialist, etwas feierlich verspricht, dann ist es nur die Ankündigung, das Versprechen zu brechen. So natürlich auch in diesem Fall. Zwar hat Schacht die Frechheit, die Konversion als eine freiwillige zu bezeichnen. Aber freiwillig wäre sie nur, wenn jeder Besitzer das Recht hätte, das Umtauschangebot anzunehmen oder aber die Barauszahlung zu verlangen. In Wirklichkeit handelt es sich um nationalsozialistische Freiheit, um jene Freiheit, deren theoretische Ausübung durch den Terror praktisch vereitelt wird.

Dazu dienen verschiedene Maßnahmen. Das Umtauschangebot gilt als angenommen, wenn die Besitzer es nicht ausdrücklich innerhalb zehn Tagen schriftlich ablehnen. Gleichzeitig mit der Ablehnung müssen die Pfandbriefe bei der betreffenden Kreditanstalt eingereicht werden. Schon diese Bestimmung hat es in sich. Denn gleichzeitig mit der Konversionsankündigung ist proklamiert worden, daß jeder, der von dem Umtausch nicht »freiwillig« Gebrauch macht, gegen das Reichsinteresse handelt, und man weiß, was eine solche Drohung bedeutet, um so mehr, da durch die schriftliche Erklärung und den Hinterlegungszwang ja dafür gesorgt ist, daß jeder Ablehnende den Behörden bekannt wird. Zugleich hat eine wilde Propaganda eingesetzt und der »Völkische Beobachter« droht mit der Stärke des nationalsozialistischen Staates, die groß genug sei, um »über einige widerstrebende Gläubiger« zur Tagesordnung überzugehen, seine Macht werde jeden Widerstand der »wahrhaft lange genug geschonten Gläubiger« unmöglich machen.

Der Terror wird aber durch Zwangsmaßnahmen im Gesetz selbst ergänzt. Die Pfandbriefbesitzer erhalten gar nicht die Möglichkeit, die das wesentliche Kennzeichen jeder freiwilligen Konversion ist, die Barrückzahlung zu verlangen. Lehnen sie den Umtausch ab, so müssen sie ihre alten Pfandbriefe behalten. Sie bekommen auch anscheinend weiter ihre 6 Prozent. Aber die Pfandbriefe werden nicht mehr an den Börsen notiert, der Kurs wird gestrichen. Das heißt aber, daß diese Wertpapiere praktisch unverkäuflich und, da sie die Reichsbank nicht mehr lombardiert, auch unbeleihbar werden. Solche Papiere kann niemand behalten, und deshalb bedeutet diese Bestimmung in Wirklichkeit den denkbar größten Zwang zum Umtausch. Es ist also eine reine Zwangskonvertierung, die den Besitzern aufoktroiiert wird, und sie übertrifft darin noch ihr Vorbild, die letzte Konversion in Italien, die in der ganzen Welt als reine Zwangskonversion bezeichnet worden ist.

Die Zinssenkung bedeutet die Uebertragung von rund 120 Millionen RM. jährlich aus dem Einkommen der Gläubiger auf das des Schuldners. Wer sind die Gläubiger? Der Pfandbrief ist in Deutschland das bevorzugte Anlagepapier des kleinen Mannes, der kleinen Rentner, in Süddeutschland der Bauern. Große Posten sind bei den Sparkassen, den Sozialversicherungsanstalten, Versicherungsanstalten, Versicherungsgesellschaften und Pensionsanstalten untergebracht, und ihre Erträge dienen also wieder der Erfüllung sozialer Leistungen.

Die Zinssenkung soll jetzt den Schuldnern zugute kommen durch Ermäßigung der Hypothekenzinsen, im allgemeinen auf 5 Prozent. Wer sind die Schuldner? Man denkt natürlich zunächst an die landwirtschaftlichen Hypothekenschuldner. Nun, die gehen leer aus. Denn seit dem landwirtschaftlichen Moratorium Hugenbergs vom Juni 1933 zahlen die Landwirte nur 4½ Prozent Hypothekenzinsen. Die Differenz von ca. 2 Prozent mußte bisher den Hypothekbanken vom Reich ersetzt werden. Der erste Schuldner, der entlastet wird, ist also das Reich selbst. Dabei ist noch zu beachten, daß die Verbilligung des Hypothekarkredits für die bäuerliche Masse überhaupt keine Rolle mehr spielt, da ja den Erbhofbauern die Aufnahme von Grundschulden verboten ist. Dagegen werden die Großgrundbesitzer künftig den Vorteil der verbilligten Schuldenaufnahme genießen.

Der zweite Schuldner, der entlastet wird, sind die Kommunen. Von der Zinssenkung werden ca. 6 Milliarden RM. Pfandbriefe und 2 Milliarden RM. Kommunalobligationen erfaßt. Die Kommunen werden also künftig rund 30 Millionen RM. Zinsen ersparen. Von den restlichen 30 Millionen Zinsersparnis entfällt der weitest größte Teil auf einen dritten Schuldner, der der Hauptgewinner der Aktion ist. Dieser dritte Schuldner ist der — städtische Hausbesitz. Ihm kommt die Zinsermäßigung in vollem

## Petroleum, das sie nicht erreichten

Das Hitlerregime zahlt bekanntlich gewaltige Summen an die smarten Unternehmer in Deutschland, die in ihrem Vaterland jenes Erdöl, das nicht vorhanden ist, immer wieder feste druff erbohren. Der Reichsfinanzminister leistet die Betriebszuschüsse aus den allgemeinen Steuermitteln; es sind erkleckliche Summen. Um Deutschland in der Oelversorgung »autark« zu machen, obschon das der alleroffenkundigste Unsinn und Unfug ist, wurde im vorigen Jahr rund eine halbe Goldmilliarde aus allgemeinen Reichsmitteln zugebottert; die Gerechtigkeit zwingt zwar zu sagen, daß nicht allein die emsigen Gold- oder Oelgräber etwa in der Lüneburger Heide das alles allein geschluckt haben, sondern ein bedeutender Teil der Reichssubvention kam auch den großen Chemiekönigen zugute, die das Problem »synthetische«, nur freilich nicht auf ihre eigenen Kosten, lösen. Ein echtes hitlerdeutsches Oelpanama geradezu Sinclairschen Kolorits!

Ein anscheinend persönlich nicht uninteressierter Fachmann, der Diplomingenieur Alex Büttner, schildert jetzt im neuesten Heft der gleichgeschalteten, früher einmal gut redigierten technischen Zeitschrift »Die Umschau« die Erfolge der Oelbohrerei an einer prägnanten Stelle, die das Reich schon sicherlich Millionen gekostet hat. Es handelt sich um die neuesten Bohrungen im oberen Rheintal, bei Bruchsal im Badischen. So nebenbei erfährt man in dieser Darstellung, daß bereits eine Subventionsfirma, die Racky A.-G., dort wegen ihrer Fehlbohrungen im letzten Jahr bankrott gemacht hat. So ein tüchtiger Brankrott kommt ja immer noch rechtzeitig genug, wenn man die Zuschüsse sich längst einverleibt hat und die Tantiemen und Direktorengelöhler davon längst bestritten worden sind. Nun hat die bankrotte Firma ihre »Konzession« an die »Itag« (Internationale Tiefbohr-A.-G.) in Celle abgetreten. Das ist die Firma, die überhaupt den Rahm vom deutschen Erdöl abschöpft. Denn von ihr wird hinten in der Lüneburger Heide gerade immer so viel angestammtes deutsches Oel gefunden, daß ein findiger Kaufmann die Reichsfinanzräte in ständig neuer Hoffnung erhalten kann.

Was aber nun mit den neuen Bohrungen im Bruchsaler Tal, auf die eigentlich erst das Dritte Reich verfallen ist?

Herr Ing. Büttner berichtet, daß Tag und Nacht in drei Arbeitsschichten, übrigens nach Errichtung eines 47 Meter hohen Stahlturmes, zwei Bohrmeister und fünfundsiebzig Arbeiter den Meißel durch das Gestein ins Erdinnere bohren. Bei 300 Meter Tiefe (!) — in Amerika tritt das Oel sehr oft unmittelbar an die Erdoberfläche ganz von selbst und bildet hier große Seen —, als man endlich auf die Tertiarische Schicht gestoßen war, stellte sich heraus, daß man nunmehr mit 500 Litern täglicher Rohölausbeute (aber leider nur »mit neuzeitlichen Fördermethoden«!) rechnen konnte.

Und das in demselben Augenblick, in dem am 1. April die Hauszinssteuer um 25 Prozent oder um durchschnittlich 9 Prozent der Friedensmiete gesenkt wird. Wenn im »System« die Hauszinssteuer gesenkt und — wie unter Brüning im Dezember 1931 — die Zinsen von damals 8 auf 6 Prozent gesenkt wurden, dann wurde durch das Gesetz dafür gesorgt, daß die Entlastung an die Mieter weitergegeben, daß die Mieten herabgesetzt wurden. Bei den Nationalsozialisten ist es anders: ausdrücklich wird erklärt, daß die Steuersenkung wie die Zinsermäßigung der »Gesundung des Hausbesitzes« dienen müsse. Die Hochhaltung der Mieten, die Steigerung des städtischen Grundstückswertes gehört nun mal in das Programm dieser »Sozialisten«.

Wie weit sich die zwangsweise Zinssenkung wirklich durchsetzen wird, läßt sich nicht übersehen. Auf den deutschen Börsen war eine beträchtliche Kurssteigerung für Aktien, besonders für solche mit stabilerer Dividendenentwicklung und für nichtkonvertierte Renten zu verzeichnen. Man erwartet nämlich umfangreichere Verkäufe der neuen Pfandbriefe und Anlage der Erlöse in den genannten Papieren. Aber diese Tauschoperationen werden nur die Kundigen machen. Die Masse der Kleinen wird sich in ihr Schicksal fügen und mag sich mit dem Bewußtsein trösten, mit ihren bescheidenen Mitteln zu der »Gesundung des Hausbesitzes« und zum Gelingen der Täuschungsoperationen des Dr. Schacht das Ihrige beigetragen zu haben.

Dr. Richard Kern.

— wir folgen hier wörtlich Herrn Büttner — wurde weitergebohrt. Bei 700 Meter Tiefe wurde das Bohrloch vorsorglich verrohrt. In 840 Meter Tiefe, wörtlich wieder nach dem Fachmann Büttner, »traf der Bohrmeißel auf Schichten, aus denen es gelang, Rohöl zutage zu fördern«. Wieviel, verschweigt höflich dieser Sänger der deutschen Technik, obschon es doch eigentlich wohl das wichtigste wäre, weit wichtiger als das verrohrte Loch. Anscheinend läßt man noch nicht einmal auf das Quantum gestoßen, das bei 300 Metern veranlaßt, »ohne langen Aufenthalt weiter zu bohren«. Was übrigens bei rund tausend Metern Bohrtiefe Rohöl überhaupt kosten soll, das auf diese Weise geborgen wird, möge sich einmal der Herr Reichsfinanzminister von einem Clerk der Firma Rockefeller, die ja wohl sachverständig ist, im einzelnen ausrechnen lassen.

Aber weiter mit Ing. Büttner: »So hat gleich die erste Bohrung in diesem süddeutschen Erdöl-Hoffungsgebiet (welch' ein schöner Verbaloptimismus!) ölhaltige Schichten angetroffen. Das zur Zeit mit der Schlammblöchse emporgebrachte Oel ist verhältnismäßig gasarm. Es steht also nicht unter eigenem Gasdruck und tritt deshalb erst allmählich — mit Nachhilfe unterirdischer Gesteinsbohrungen — in das Bohrloch aus. Deshalb ist ein Urteil über die endgültige Ergiebigkeit und Fördermenge erst nach einiger Fortdauer der noch in vollem Gang befindlichen Ausspülarbeiten möglich. Voraussichtlich wird man bei der bevorstehenden Fördertechnik ganz neuartige Methoden anwenden, um eine möglichst wirtschaftliche Ausbeute zu erzielen.«

Dieser Wink nach dem so freigebigen Berlin ist ganz deutlich. Nur »neuartige« scheinen uns solche »Fördermethoden« nicht ganz zu sein!

## Umbau der Landschaft

In einem Vortrage sprach ein Prominent der Nazis:

»Die Vertreter der liberalistischen Weltanschauung, die in allem, was die Natur vorbringt, nur den materiellen Nutzen sahen, waren im Begriffe, die deutsche Landschaft zu verunstalten, bezw. sogar zu zerstören... Die Landschaft verlor immer mehr an Ausdrucksformen... Um die Verbindung zwischen Natur und Mensch wieder herzustellen, entschlossen wir uns, das Landschaftsbild erneut im deutschen Sinne gestalten zu helfen... Wir hoffen, in unserem Landschaftsbild wieder den deutschen Charakter zu geben...«

Wie das gemacht wird? Man biegt die Zugschleife solange, bis ihr Profil germanischer wird, verlegt den Brocken nach Stettin, um das pommersche Flachland artrein zu ver-deutschen und läßt den Rhein in Hakenkreuzwindungen nach Holland ellen!



# Zwei Jahre Hitler

## Die Wandlung der Diktatur — Deutschlands wahre Verfassung

Zur Feier des zweiten Jahrestages der Errichtung der Hitlerherrschaft will die nationalsozialistische Partei eine neue Einrichtung schaffen. Sie will einen nationalsozialistischen Ordenssenat bilden, der die Rolle eines deutschen Oberhauses spielen soll. Dieser Senat soll die verfassungsmäßige Verankerung der Herrschaft der nationalsozialistischen Partei über den Staat herstellen. »Die Partei befiehlt dem Staat« — so hat Hitler auf dem letzten nationalsozialistischen Parteitag verkündet. Dieser Senat soll ein Stück der neuen deutschen Verfassung, und zwar das wesentlichste Stück darstellen. Was man darüber erfährt, ist aufklärend genug: diese neue Bestimmung der deutschen Verfassung besteht in Angaben über die Länge und Breite des Saales, in dem der Senat tagen soll, und in der Mitteilung, daß in diesem Saale 60 niedrige Stühle und ein erhöhter Stuhl für Hitler stehen werden.

Aber die wirkliche Verfassung Deutschlands ist ganz anders, sie wird nicht durch die Äußerlichkeiten der Hitlerdiktatur bestimmt! Im zweiten Jahre der Diktatur haben sich neben dramatischen Ereignissen tiefgehende Wandlungen in der deutschen Gesellschaft und der Herrschaft vollzogen. Deutschland sieht heute anders aus als am 30. Januar 1934! Damals stand die Gesellschaft noch weitgehend im Banne der Ideologie des totalen Staates und der nationalsozialistischen Ideologie — heute erkennt jeder Beobachter, daß der totale, über den Klassen schwebender Staat nur noch eine Phrase ist.

Das allereinfachste Gesetz des politischen Lebens hat sich in der Entwicklung des zweiten Jahres bestätigt: Druck erzeugt Gegendruck. Die allgemeine Opposition gegen das System ist stetig gewachsen. Sie hat zunächst Anknüpfung bei allem gesucht, was im Widerspruch gegen das System zu stehen schien, ob es sich nun um den Kampf der Kirchen, um die sogenannten Volksmonarchisten oder um sonst etwas gehandelt hat. In der Arbeiterschaft haben sogar oppositionelle Tendenzen im Unternehmertum unverkennbare Sympathie gefunden, ja selbst die Landsknechts- und Mörderbanden der SA um Röhm und Heines sind im Augenblick, wo sie mit dem System in Konflikt gerieten, beinahe mit Sympathie angesehen worden — aus Haß gegen das System.

Die Massenbasis des Systems zerfiel sichtlich. Die traditionellen Oberschichten erholten sich von dem Schock. Sie begannen systematisch, die Parvenus des nationalsozialistischen Staatsstreichs zurückzudrängen. Dieser Prozeß setzte sich vor allem in der Bürokratie durch. Langsam aber sicher zeigte der bürokratische Apparat seine Macht, und ganz in der Stille begannen die Richter mit derselben Methode, die sie im Staat von Weimar gegen die Linke geübt hatten. Am Ende des zweiten Jahres versichern aufmerksame Beobachter aus Deutschland bereits, daß der stille Machtkampf der Justiz gegen die nationalsozialistische Partei vielleicht noch stärker sei als der Kampf der Bürokratie. In der Wirtschaft hat sich die nationalsozialistische Partei längst zurückgezogen. Ihre Versprechungen für den Mittelstand sind schon im ersten Jahre beiseite geschoben worden. Was an spezifisch nationalsozialistischer Politik blieb, war die »Blut- und Bodenpolitik« von Darré mit starker Anlehnung an Hugenberg und der theoretische Anspruch der »Brechung der Zinsknechtschaft«. Die Methode der künstlichen Finanzierung der Arbeitsbeschaffung war wenigstens eine Annäherung an Federsche Gedankengänge. Aber nun ist es auch mit beiden zu Ende. Schacht geht gegen die Agrarpolitik Darrés vor, und Darré wird binnen kurzem zu den völlig erledigten Männern gehören. Die bisherige Methode der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung wird völlig abgeschlossen, Feder ist längst fortgeschickt und als lächerliche Figur beiseitegeschoben worden. Auf wirtschaftlichem Gebiete zeigt sich die Wandlung am offensten. Schon wenige Monate nach Hitlers Machtergreifung wurde die Wirtschaftspolitik in die Hände von Männern aus hochkapitalistischen Kreisen gelegt. Jetzt ist Schacht das Haupt der in der Wirtschaftspolitik herrschenden Gruppe. Hitler hat sich restlos an ihn gehängt, auf Gedeih und Verderb. Hinter Schacht aber stehen die hochkapitalistischen Kreise, denen die neue Organisation der Wirtschaft eine Art von Selbstverwaltung gegeben hat. Neben dem nationalsozialistischen Machtstaat, in dem der nationalsozialistischen Ideologie nach Hitler allmächtig ist, steht ein hochkapitalistischer Wirtschaftsstaat, dessen Regent nicht Hitler, sondern Schacht ist.

Neben beiden aber steht der deutsche Militärstaat. Im Laufe des zweiten Jahres der Diktatur haben sich die Verhältnisse zwischen der Militärligue geklärt. Beide sind in manchen Dingen

Zivilregierung trat wieder eine Militärregierung. Zwischen beiden ist der stille Machtkampf ununterbrochen weitergegangen. Sowohl der Wirtschaftsstaat als auch der Militärstaat bemühen sich, den nationalsozialistischen Parteistaat immer mehr zu entmachten.

Das wesentlichste aber ist, daß eine Verschiebung des politischen Anziehungspunktes eingetreten ist vom System weg zur Opposition hin. Es haben die verschiedensten Erscheinungsformen der Opposition in Deutschland erreicht. Die oppositionelle Gesinnung darf nicht allein danach gemessen werden, wie sie zum äußeren Ausdruck kommt. Wollte man so bemessen, so müßte man annehmen, daß der oppositionelle Geist in der Arbeiterschaft nicht so stark sei wie in anderen Bevölkerungsschichten. Es ist

das entscheidende Merkmal, daß die vom System Enttäuschten, die Leute mit den verlorenen Illusionen, die politischen Richtungslosen, die nach anderen Zuständen verlangen, kurz alle, die sagen: so kann es nicht weitergehen, sich an die Arbeiterbewegung und an die Sozialdemokratie als ihren politischen Ausdruck erinnern und Hoffnungen auf sie setzen. Ein alter Sozialdemokrat ist heute ein stärkerer Anziehungspunkt als ein Nazibonze. Noch zu Beginn des Jahres II der Hitlerdiktatur war es anders.

Zur wirklichen Verfassung Deutschlands gehört die Opposition so gut wie der Machtapparat des Staates, die illegale Arbeiterbewegung so gut wie die Bewegung der traditionellen Oberklassen und die oppositionellen Kräfte aller Richtungen. Das Ringen der Klassen um Macht und Einfluß ist klar sichtbar geworden. Sichtbar werden auch die Formen, in denen die Oberklassen sich Macht und politischen Einfluß sichern. Es sind nicht nur geistige Strömungen, es sind bereits Vorstufen und Keimzellen wiedererstehender politischer Machtparteien. Die Tendenz zur Zerstörung des Monopols der nationalsozialistischen Partei ist ihnen allen gemeinsam, damit die Tendenz zur Zerstörung des totalitären Charakters der Diktatur.

Die Arbeiterbewegung ist heute ruhende ideologische Kraft. Ihre Aufgabe ist es, im dritten Jahre der Diktatur zur Bewegung zu kommen, die sie als aktive Kraft neben die Bewegungen der Oberklassen stellt. Alle Unterdrückung, alle Verfolgung hat sie nicht zerbrochen. Die wütenden Schläge, die das System gegen sie führt und führen wird, können sie nicht hemmen. Was sie heute schon wieder ist, ist sie aus eigener Kraft — trotz aller Verfolgung. Wenn die traditionellen Oberklassen sich durchkämpfen, wenn sie immer stärker den nationalsozialistischen Parteistaat zum Klassenstaat der Oberklassen umwandeln, so wird die Aufgabe immer drängender, für die Arbeiterbewegung und für die Sozialdemokratie als ihren politischen Ausdruck die Bewegungsfreiheit zu schaffen, die Voraussetzung für den endlichen Sturz des Systems ist.

Diese Freiheit muß erkämpft werden. Ihre Gewinnung aber ist nicht der Sieg — denn dann erst beginnt von neuem das Ringen mit den Mächten, mit denen die Sozialdemokratie von ihren Anfängen an gekämpft hat!

## Feldmarschmäßige Erziehung

In den »Blättern für Deutschkunde« tut ein Schulmann seine Gedanken über »Volkskunde in den unteren Klassen der höheren Schulen« kund. Man liest:

»Wichtiger als die sprachliche Seite ist für die Unterklassen die historische Seite der Volkskunde. Die Richtlinien fordern Ausdeutung volkstümlicher Redensarten und Sprichwörter. Aus der Fülle der Möglichkeiten, die als fruchtbare Konzentrationsarbeit in Frage kämen, seien nur einige erwähnt. Aus der Soldatensprache der Landsknechtszeit stammen die Redensarten: Die Plinte ins Korn werfen, Speißrutenlaufen, aus der Ritterzeit: den Handschuh hinwerfen, in die Schranken fordern usw. Ausdrücke der Soldatensprache jetzt wie »Gulaschkanone«, »Drahtverhaue« sind ja den Jungen mit ihrer zum Teil feldmarschmäßigen Erziehung ohnehin bekannt... Daß ein Besuch des Zeughauses, beginnend mit der Ruhmeshalle und rückwärts gehend bis zu den ersten Feuerwaffen die schönste volkskundliche Belehrung bringt, ist selbstverständlich... Im märkischen Museum werden immer wieder die Rastermesser unserer Vorfahren bestaunt; die Schüler stellen sich nach den üblen Bildern ihrer Bücher unsere Vorfahren als härtige, auch im Sommer in Felle gekleidete Barbaren vor.«

... Während die germanische Rasse doch in Wahrheit mit Seidentrikothenden aus der Eiszeit hervorgegangen ist. — Hier hat man auf engstem Raum alle neudeutschen Erziehungsgedanken beisammen. Nun noch ein paar praktische Schießübungen mit einem Judenkopf als Zielscheibe, und die künftigen »Träger des Reiches« sind für ihre Sendung vollauf gerüstet.

## Deutsches Idealweib 1935



durchaus einig: Aufrüstung, Heeresvermehrung, Ausbreitung nationalsozialistischer Machtstaatsideologie. In der Machtfrage jedoch sind sie Konkurrenten, die zu Gegnern geworden sind. Hier hat sich der Kampf zwischen den Angehörigen der traditionellen Oberklassen und den Emporkömmlingen am dramatischsten zugespitzt. Der 30. Juni hat in diesem Kampfe eine Entscheidung zugunsten der konservativen Kräfte gebracht, er hat den wesentlichsten Teil der Gewaltorganisation des nationalsozialistischen Parteistaats blutig niedergeschlagen, organisatorisch zerbrochen, ideologisch zersetzt. Er hat aber zugleich gezeigt, daß der nationalsozialistische Parteistaat trotz der raschen Entwicklung gegen ihn noch ein starker Machtfaktor ist. Für die Reichswehr bedeutete der 30. Juni die Befestigung ihrer autonomen Stellung auch im nationalsozialistischen Staate. Neben die

aber von entscheidender Bedeutung, daß ein ideologischer Einbruch in die Arbeiterbewegung nicht erfolgt ist, daß vielmehr die Festigkeit des Beharrens auf den Ideen, die die Arbeiterbewegung getragen haben, in den Kreisen ihrer Angehörigen immer stärker hervortritt — und diese Kreise umfassen sicher ein Viertel, wenn nicht ein Drittel des ganzen Volkes. Diese geistige Beharrung wird desto mehr zu einer Kraft werden, je mehr die nationalsozialistische Machtideologie zerbricht. Sie wirkt heute noch nicht in der Aktion, aber durch ihr Dasein wie überhaupt die deutsche Arbeiterbewegung ihre größten Wirkungen in ihrer Geschichte durch den Schwergewichtskarakter ihrer Politik hervorgerufen hat. Heute ist unstrittig die wiedererwachende Arbeiterbewegung der feste Kern der Gesamtopposition gegen das System. Sie reproduziert sich politisch und gesellschaftlich. Es ist nun



# Die Frau als Mörderin

Als sich in der vergangenen Woche nationalsozialistische Meuchelmörder aufmachten, um auf tschechoslowakischem Hoheitsgebiet einen schutzlosen Menschen auf schändliche Art zu töten, nahmen sie eine Frau mit sich. Sie diente ihnen nicht nur als unverdächtige Begleiterin, die etwa eine Vergnügungsfahrt glaubhafter machen sollte — sie nahm an dem Verbrechen handelnd teil, lockte das Opfer in die Falle und sah zu, wie der Gutgläubige, von tödlichen Kugeln getroffen, blutend zusammenbrach. Sie wußte, daß der Ueberfallene kein Mörder, kein Schänder, kein Schinder war, sie wußte, daß er nur mit geistigen Waffen gegen die nationalsozialistische Tyrannei und Barbarei gekämpft hatte und daß dies sein einziges Vergehen war. Sie half ihm dennoch kalten Blutes »klügel« — »umlegen« — »erledigen«, wie es in der hitlerdeutschen Edelsprache heißt.

Die Frau ist heute mit ihren Komplizen in Sicherheit. Sie ist in Sicherheit, denn das Dritte Reich wird sie nicht ausliefern, sie hat vermutlich einen ansehnlichen Blutlohn erhalten, denn die braunen Mordanstifter haben sich Aufträge dieser Art von je etwas kosten lassen. Wie mag der jungen Mörderin zumute sein? Taucht manchmal in der Nacht der blutige, zerschossene Schädel des Opfers vor ihr auf? Beginnt sie heut schon an der Größe ihrer vermeintlichen Sendung zu zweifeln — oder fühlt sie sich als Heldin, ist sie stolz auf die feige Tat?

Wahrscheinlich ist sie stolz. Eines Tages, wenn das braune Deutschland aus seinem Rausch vollends erwacht ist, wird vielleicht auch für sie die Ernüchterung kommen, wird vielleicht auch sie der große, unstillbare Ekel packen, wird sie vielleicht fürchten, daß sich an ihren eigenen Kindern rächen könnte, was sie einer andern Mutter angetan hat. Aber heute schweigt sie wohl noch im Bewußtsein ihres eingebildeten Heldentums. Denn viele Frauen in Deutschland — viele, bei weitem nicht alle und hoffentlich nur der kleinere Teil — haben den nationalsozialistischen Begriff des »Heldentums«, der ihnen in unzähligen Versammlungen eingepflegt, in den Hakenkreuzzeitungen viel hundertmal erläutert wurde, kritiklos hingenommen, haben ihn in ihre Gedankenwelt eingefügt.

Es ist den Nationalsozialisten zwar trotz aller Propaganda nicht gelungen, die Erinnerung an schon errungene Rechte aus den weiblichen Hirnen zu tilgen, es ist ihnen nicht gelungen, die Frau auf den Kochtopf zu beschränken und ihr jeden anderen Willen, das Aufgeschlossensein für große Menschheitsfragen zu verbieten. Aber eines haben sie erreicht: was in den Tagen der Republik ein freudiges Wettstreiten der Geschlechter war, ist wieder zum verbissenen Kampf geworden. Die Kinderkrankheiten der jungen Frauenemanzipation, die schon vor vielen Jahrzehnten von den besten Verfechterinnen weiblicher Gleichberechtigung bekämpft wurden und die man inzwischen längst überwunden glaubte, sind in Deutschland wieder aufgetaucht.

Feindselig stehen sich innerhalb des nationalsozialistischen Lagers die Geschlechter gegenüber, der Mann erklärt die Frau für minder wertvoll, minder begabt, die Frau behauptet, ihre Leistungsfähigkeit sei von der des Mannes in keiner Weise unterschieden und rächt sich für den ihr angetanen Schimpf, indem sie ihrerseits alles Unheil der Welt auf die männliche Vorherrschaft zurückführt. Kampf ist angesagt — darüber können die schönsten Phrasen von »germanischem Weibtum«, »heldischer Mutterschaft« und »hoher Frauenwürde« nicht hinwegtäuschen.

Zwei Zitate mögen das eben Gesagte bekräftigen. Das erste ist einer in Berlin erscheinenden nationalen Frauenzeitschrift (»Die deutsche Kämpferin«) entnommen und lautet:

»Unaufhaltsam vorwärts in die Region des Verstandes drängt das Halbweibchen Mann. Technik, mathematische Formel und die nackte Abstraktion des Gedankens erfüllen ihn ganz. Seine scheinbaren Erfolge und der vermeintliche Fortschritt berauschen ihn so, daß er wähnt, »der Mensch« zu sein. Der Zusammenhang mit seinem göttlichen Urbeginn ist ihm durchschnitten die Seele zog sich zurück aus den Bezirken seiner Wirkens. Alles wird ihm zum Rechenexempel. Alles organisiert er. Er organisiert die Organisation, und in der Eisatmosphäre der Ueberorganisation frieren seine letzten Gefühlskräfte ein. ... Männliche Machtgier und Besitzgier ersticken alles friedlich glückhafte und aufbauende völkische Leben.«

Das andere Zitat entstammt einem gleichgeschalteten Münchner Witzblatt, dem »Simplizissimus«, und heißt:

»Lieber Simplizissimus! Ein Medizinprofessor einer badischen Universität hat seine Medizinstudierenden weiblichen Geschlechts in zwei Kategorien eingeteilt, die einen mit der Bezeichnung G. A., die andern mit A. G. Ein Kollege fragt ihn nach der Bedeutung der geheimnisvollen Zeichen und erhält den Bescheid: G. A. sind geschlechtlose Arbeitstiere; A. G. arbeitslose Geschlechtstiere.«

Sind je in den Anfängen der Frauenbewegung, die wirklich nicht über Mangel an Verköhlung und Widerstand klagen durfte, dümmere, unwürdigere und gehässigere Kalauer gegen die Frau erdacht worden?

Das sind zwei Beispiele, wir könnten derer hunderte anführen, könnten zum Beispiel ganze Strecken des Buches »Schuf die Frau die deutsche Kultur?« nachdrucken, das den Königsberger Kulturhistoriker Berthold Haendcke zum Verfasser hat und immer wieder in deutschen Zeitungen warm empfohlen wird. Alles Schlechte, das je in der Welt geschah, wurde — wenn man diesem Buche glauben darf — nur von Frauen heraufbeschworen. Ja, selbst zum Dreißigjährigen Krieg »gab die Eitelkeit einer englisch-deutschen Prinzessin, die Königin von Böhmen werden wollte, den Anstoß«. Weiter ist zu lesen: »Der Mann verkehrt mit dem Geiste der Welten — die Frau nie; denn Religion und Kunst fließen aus den gleichen Quellen«. So geht es fort, viele Seiten lang. Aber wir wollen uns mit den kurzen Hinweisen begnügen.

Wir sagten oben, es komme der Frau, die sich zurückgesetzt und verachtet fühlt, auf den Beweis an, daß ihre Leistungsfähigkeit von der des Mannes in keiner Weise unterschieden sei. Auch die Frauen freier Länder, in denen Kameradschaft zwischen den Geschlechtern gilt, wetteifern mit dem Manne — und die Frauen der deutschen Republik taten das gleiche. Dieser Wettstreit spielt sich auf den Gebieten ab, die im Mittelpunkt des Blickfeldes liegen, die Beachtung und Würdigung finden: in den Sphären der Wissenschaft, der Kunst, der Staatsführung, des Wohlfahrtswesens. Im Dritten Reich aber gelten Lorbeeren, die dort errungen wurden, blutwenig. Im Dritten Reich gilt in Wahrheit nur eines: die Faust. Wer im Gewaltkampf gegen die »Roten Hunde« gefallen ist — und sei's auch ein Zubehälter, ein Spitzel, ein Lump — wird zum Nationalhelden gestempelt, wer in den Konzentrationslagern am brutalsten zuschlug, wer auf dem Exerzierplatz am strammsten marschierte, wer am blutrünstigsten drohte, am sichersten schloß, am kaltblütigsten morden kann, der ist ein »Kerl«, alle andern — sogenannte Bücherwürmer, blaßblütige Intellektuelle, Gehirnfatzken — sind nicht wert, daß man sie anspricht.

Und hier liegt ein Stück nationalsozialistischer Frauentragik begründet. Auch sie, die hitlergläubigen Frauen, wollen einen Platz neben dem Manne erringen. Und sie nehmen den Kampf da auf, wo Ehre und Ruhm winken; sie versuchen es dem Manne an Gewaltanwendung und Gewaltausübung gleichzutun. Wir zitieren die »Denkschrift deutscher Frauen an Adolf Hitler«:

»Da wir Deutsche unser Herkommen von der nordischen Rasse ableiten, ist es notwendig, eine klare Vorstellung zu bekommen von der Geschlechterteilung unter unseren frühnordischen Vorfahren und daraus die Nutzenwendung auf unsere Lebensform des 20. Jahrhunderts zu ziehen... Von kraftvoller, gestählter Körperkraft waren die Frauen; die Übung im Waffengebrauch war eine Selbstverständlichkeit; sie beteiligten sich am Waffenkampf, wo die Lage es erheischte; sie forderten nicht nur Blutrache, sondern übten sie gegebenenfalls auch selber aus.«

Wir zitieren weiter Else Frobenius: »Die Frau im Dritten Reich«:

»Neben den heldischen Mann, den der völkische Staat zu kühnem Handeln und Wagen erziehen will, gehört als rassische Ergänzung die heldische Frau. Ihr Urbild lebt schon seit Jahrtausenden in den Völkern germanischer Rasse. Die Walküren schwingen Schwert und Speer und sind die Genossinnen der Helden in Walhall. Sie sind wie die Asinnen, die Adelsfrauen kampfbereit, treu, der Sippe unlösbar verpflichtet. Diese Frauen scheuen sich nicht, den Tod des Vaters, des Gatten blutig zu rächen.«

»Heldisch sein!« Waffen tragen dürfen, neben dem Manne bestehen im blutigen Kampf — davon träumen heute vieltausend Frauen und Mädchen im nationalsozialistischen Lager. Die Mädchen der Hitlerjugend haben vom Führer

den Befehl erhalten, Offiziere und Angehörige der Wehrmacht zu grüßen. Genau wie die Burschen stehen sie stramm und erheben den Arm, wenn ein Soldat vorbeigeht. Aber die Burschen haben die Möglichkeit, später einmal vom Jungvolk gegrüßt zu werden, sie, die Mädchen, sollen ewig beiseite stehen. Mitmachen wollen sie, zu soldatischen Ehren aufsteigen, genau so mit Gewehr und Bajonett umgehen wie die Männer, ihre Gleichwertigkeit mit dem Manne auf dem Gebiet erweisen, das heute am meisten gilt.

In dieser Atmosphäre lebt die Mörderin von Záhofi, in dieser Atmosphäre hat sie die Anregung zu ihrer grauenhaften, feigen und hinterhältigen Tat empfangen und hat nicht widerstehen können, ein schiefes, verzerrtes, von Grund auf verlogenes Heidenideal zu verwirklichen. In der gleichen Atmosphäre wachsen aber auch viele tausend deutsche Mädchen auf, viele tausend Mütter von morgen.

In Záhofi wurde ein Mensch ermordet, er fiel nicht als erstes, aber als einzelnes Opfer brauner Blutgier. Wenn nicht bald eine Umkehr folgt, wird es nicht bei solchen Einzelopfern bleiben, werden auf dem Schlachtfeld tiefe Ströme jungen, guten Blutes fließen, wird die Menschheit auf ihrem Wege um Jahrhunderte zurückgeworfen werden. Und Frauen, die Leben schenken sollten, werden — wie in Záhofi — Gehilfinnen des Todes sein. Kara.

## Laßt Briefe sprechen!

Aus dem Pariser Brief des »Stürmers«:  
»Frankreich wird von einer Handvoll Juden regiert... In den Ministerien huschen jüngere Juden von einem Zimmer zum anderen. Aus den Fauteuils dieser Zimmerquellen die Leiber der älteren fetteren jüdischen Beamten der Republik...«

Dezente Begleitmusik zu Hitlers Annäherungsversuchen!

## Armer Leser!

Aus einer literarischen Besprechung der »Frankfurter Zeitung«:

»Er reißt das Auge, und nicht nur das Auge, des Lesers herum und lenkt es nach vorn...«

Wir erinnern uns, daß kürzlich Diebold aus der Berufsliste der Journalisten gestrichen worden ist. Jetzt regiert auch im literarischen Teil der »Frankfurter Zeitung« die braune Kulturschande!

## Die mageren Kämpfer

Aus dem Buch »Kampf« von Heinrich Hauser:

»Für uns ist Deutschland so unerschlossen wie das innerste Afrika... Bei den Kindern müssen wir anfangen, sie ganz zu uns herüberzuziehen... Diese Jugend, ob sie schon marschiert oder nicht, ist eine einzige Verschwörung... Kämpfer müssen mager sein und immer hungrig.«

Was soll der fette Hermann Göring dazu sagen, daß man ihm so schnöde die Kämpferqualifikation abspricht.

## Bernhard Köhler, der Freund

Der Leiter der »Kommission für Wirtschaftspolitik«, Bernhard Köhler, dürfte vielleicht unsterblich werden. Dazu gehört — der Fall Monte coculi und seine Sentenz: »Zum Kriegführen braucht man Geld, Geld, Geld« beweist es — mitunter nur die Prägung einer banalen Redensart. Diese Redensart hat Bernhard Köhler mit seinem klassischen Ausspruch über die Brechung der Zinsknechtschaft geleistet: »Mensch bezahle deine Schulden und mache keine Schulden; damit ist das Problem der Zinsknechtschaft ganz von allein gelöst.« Die Nachwelt dürfte nur dieser eine Satz an der Person des Herrn Köhler interessieren. Für die Gegenwart ist er sozusagen noch als Mensch und Karrieremacher interessant.

Vor dem Krieg kannte man ihn in München, als trinkfrohen Bohemien. Was er war, wußte man nie, was er eigentlich konnte, wußte er selber nicht. Richtiger Typus der Ratlosigkeit; außerdem ein Mensch, der nach Art damaliger Bohemien mit allem durch Zynismus fertig wurde.

Sein bester Freund zwischen 1910 und 1914 ist Erich Mühsam gewesen. Die Lust am politischen Gespräch hat er im Umgang mit Mühsam bekommen; von ihm lernte er auch einigermaßen die Kunst, sich literarisch in Wort und Schrift auszudrücken. Der Krieg war wohl das erste Ereignis, das Bernhard Köhler ernst nahm. Er trat als Freiwilliger in ein Münchener Regiment ein und diente sich als tapferer Soldat zum Offizier herauf.

In München war er öfters auf Urlaub. Immer noch war Erich Mühsam sein bester Freund. Als er einmal wieder ins Feld zog, händigte er Mühsam sein Testament zur Aufbewahrung ein und vertraute ihm seine wertvolle Bibliothek mit einem ganzen Stoß von Privatschriften an. Als Mühsam Bedenken äußerte, hat und beschwor ihn Köhler förmlich, dieses Eigentum aufzubewahren; er könne es nur einem Menschen überlassen, zu dem er so absolutes Vertrauen habe, wie zu ihm.

Nach dem Krieg geriet Köhler abermals in die Schwierigkeiten der Berufsentscheidung. Offizier konnte er nicht bleiben, wollte es auch unter den neuen Verhältnissen nicht. Etwas mußte er doch werden. Nun war damals im Café »Stefanie« und im Wein-Restaurant »Simplizissimus«, den bevorzugten Aufenthaltsstätten Köhlers, viel von der Schwundgeld-Theorie die Rede. Es war der Sensationsstoff jener Tage. In ihrer ersten primitiven Form war die Theorie von Silvio Gesell entwickelt worden, und Bernhard Köhler hatte sie direkt von Gesell kennen gelernt. Für Silvio hatte Bernhard viel übrig, wohl nicht zuletzt deshalb, weil es jenem etwas abenteuerlich ergangen war.

In der Münchner Räterepublik war Silvio Gesell als Finanzsachverständiger tätig gewesen, also wurde ihm hinterher — 1919 — der Hochverratsprozeß gemacht. Die Richter des »Volksgerichts« nahmen den Angeklagten nicht recht ernst. Als er am Schluß der Beweisaufnahme noch pathetisch versicherte: »Nach einigen Jahren werden Sie, meine Herren, für ein Mittagessen mehr als 1000 Mark zahlen«, brüllte das Richterkollegium lachend

los und war sich über Gesell im klaren: total unzurechnungsfähig. Er wurde freigesprochen. Eine Weile blieb er noch in München und Bernhard Köhler trat mit ihm in Beziehungen. Bei seinen Unterhaltungen im Café und Wein-Restaurant faßte er Feuer für die Schwundgeld-Theorie, und von hier aus fand er seinen Weg zum Beruf. Nationalökonom wollte er werden. Ohne gründliches Studium geht das gewöhnlich nicht, aber Köhler hatte Glück. Nach Silvio Gesells Abreise wandte er sich ganz nach rechts. Dem Einfluß Mühsams war er sowieso entzogen, da Mühsam vom Volksgericht zu fünfzehn Jahren Festung verurteilt war.

Es kam Dietrich Eckhardt und gründete den »Völkischen Beobachter«. Es kam Gottfried Feder mit seiner »Brechung der Zinsknechtschaft«. Köhler fabrizierte seltsame Kombinationen von Schwundgeld- und Zinsknechtschaft-Theorie zusammen und begann in nationalsozialistischen Versammlungen darüber zu reden, in völkischen Blättern darüber zu schreiben. Er wurde offizieller Finanzsachverständiger der Partei und später auf hohem Posten Wirtschaftstheoretiker des Deutschen Reiches.

Erich Mühsam gegenüber verhielt er sich zunächst durchaus anständig. Er besuchte ihn in Offiziersuniform oder als SA-Mann mehrmals auf der Festung Nieder-Schönenfeld.

Es blieb im Gespräch beim Du und Du. Mühsam kam es während der Strafzeit zugeute, daß auch »solche Herrschaften« zu seiner Bekanntschaft zählten. Nach sechsjähriger Strafverbüßung wurde Mühsam begnadigt. Die Freundschaft erlitt keinen Ab-

bruch dadurch, daß der eine immer noch ganz links stand, der andere ganz nach rechts gegangen war. Nach Hitlers Machtergreifung kam Mühsam wieder unter die Räder; diesmal furchtbarer als je. Er ist den infernalischen Peinigungen in den Konzentrationslagern ausgesetzt gewesen und dort ermordet worden. In höchster Not schrieb er an seine Frau, sie möchte doch Bernhard Köhler mit seiner Angelegenheit befassen. Er erinnerte an dessen ehemalige Teilnahme für ihn in Nieder-Schönenfeld, er erinnerte an das Vertrauen, das Köhler ihm einst vor seiner Abreise ins Feld geschenkt hatte. Es ist alles geschehen, um den »Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik« mobil zu machen. Köhler antwortete nicht, er ging auf keine Vermittlungen von gemeinsamen Freunden ein. Möglich, daß ihm die Sache leid tat. Mühsam und später Silvio Gesell hat er schließlich doch zu verdanken, daß er überhaupt zur Beschäftigung mit geistigen Angelegenheiten heranreifte. Möglich auch, daß Köhler nichts machen konnte. Gerade damals hat das preussische Innenministerium strengste Verbote an nationalsozialistische Funktionäre erlassen, sich für die Konzentrationshäftlinge zu verwenden. Das braune Regime haßt Humanität selbst in der harmlosen Form der Freundschaft mit politischen Gegnern. Wahrscheinlich hat sich Köhler in seiner alten zynischen Art damit abgefunden. Er wird sich eine neue Sentenz zurückgelegt haben, konform seiner Empfehlung zur Brechung der Zinsknechtschaft: »Kommt nicht erst ins Konzentrationslager, dann braucht ihr euch nicht über schlechte Behandlung zu beklagen.«



## Das Zerrbild

Entsetzen schüttelt die Presse des Auslandes. Wieder eine braune Hinrichtungsexpedition, diesmal im Süden Prags, wieder eine heimtückische nationalsozialistische Gangstertat, die in Deutschland noch kein Wort des Abscheus gefunden hat und von leitenden Leuten eines großen Volkes geschmiert wurde. Man liest in der Auslandspresse von der sittlichen Kluft, die zwischen diesem Staat und anderen zivilisierten Nationen besteht, und der nichtfaschistische Deutsche außerhalb Gangsteriens erlebt diesen Abscheu täglich mit wachsender Beschämung.

Es ist notwendig, das deutsche Volk gegen eine sich rasch verdichtende Legende zu verteidigen, gegen die Auffassung, daß es sittlich tiefer stehe als andere Völker. Vor einiger Zeit veranstaltete ein französisches Blatt eine Umfrage unter Kindern über ihre Meinung vom deutschen Volke. Einige der jungen Köpfe sahen drüben überm Rhein nichts als Barbarenhorden, andere sprachen im Ton des Mitleids. Ein liberales tschechoslowakisches Blatt deutscher Sprache unternahm das gleiche Experiment. Mehrere Kinderantworten waren auf den Ton geantwortet: »Die Deutschen töten gerne...« Nur einige Arbeiterkinder gaben zu: »Es sind auch gute Menschen dort...« Woher beziehen Kinder ihre Meinung? Von ihrer Umgebung. Die Kinder der alphabetischen Nationen hören um sich herum und lesen es in den Zeitungen, daß Deutschland da Welt mit Gewalt, Totschlag und barbarischen Exzessen bedroht. Diese jungen Menschen werden in einem Jahrzehnt die Politik Europas mitbestimmen. Was sie aus der Kinderstube an Haß oder Abscheu gegen ein Volk mitbringen, wird für dieses Volk in Zukunft nicht gleichgültig sein.

Es scheint uns notwendig, immer wieder zu betonen, daß die braune Gangsterregierung mitsamt ihrer Mameluken-Partei nicht das deutsche Volk ist. Die Mehrheit dieses Volkes ist von Natur aus nicht besser und nicht schlechter als andere Nationen, wie sich die Menschen gleicher Zonen und Kulturstufen ähnlicher sind als sie selbst meinen. Sicher gibt es gewisse Temperaturunterschiede und nationale Sonderheiten, durch die sich Völker voneinander unterscheiden, aber den sittlichen Querschnitt bestimmen sie nicht. Ein großer Teil der Deutschen ist durch die Krise wirr geworden, ein anderer Teil hat sie politisch laufen gelernt. Aber Meuchelmord und Blutrünstigkeit erscheint dem Großteil der werktätigen Massen genau so verwerflich als anderswo. Das Gros dieses Volkes ist genau so ohne Mordlust in den Krieg getaumelt wie andere Völker. Dieses Volk hat zu seinen Kriegsgefangenen, wo immer es mit ihnen unmittelbar in Berührung kam, rasch ein menschliches Verhältnis gewonnen. Die Arbeiter- und Soldatenmassen dieses Volkes haben 1918 die unblutigste, menschlichste, rachelose Umwälzung der neueren Geschichte vollzogen — so menschlich, daß dieselben sozialistischen Massen später dafür verhöhnt wurden. Und was neuen Krieg anbelangt, so zittern die Massen

# Professor Thiemes Weg nach Rom

In einem Schweizer Verlag ist jetzt ein Buch Professor Karl Thiemes, »Deutsche evangelische Christen auf dem Wege nach Rom« erschienen, das endlich Aufschluß über seine bisher reichlich rätselhaft gebliebene Konversionsaffäre gibt. Vor einem Jahr, mitten im tobenden protestantischen Kirchenkrieg, fand eine Nachricht überall stärkste Beachtung, wonach unter Führung Professor Thiemes über sechshundert deutsche evangelische Pfarrer und Gemeindeglieder dem römischen Papst eine Adresse überreicht hätten, welche die Bitte enthalten habe, in den Schoß der »allein seligmachenden« katholischen Kirche aufgenommen zu werden; sie, die deutschen Protestanten, unternähmen diesen Schritt angesichts der verzweifelt Lage des deutschen lutherischen Glaubens, in der es ihnen als Geistlichen insbesondere unmöglich sei, die Lehre des Heilandes gegenüber den Ansprüchen eines mächtigsten Regimes auf religiösem und weltanschaulichem Gebiete zu verkünden. Die Gewähr, in Christi Namen predigen zu können, fänden sie nur noch in der katholischen Kirche...

Durch Thiemes Buchdarstellung wird nun diese Begebenheit, so wichtig und so symptomatisch sie auch weiterhin bleibt, auf das historische und sachlich richtige Maß zurückgeführt.

Karl Thieme war im republikanischen Deutschland einer der Wortführer der religiösen Sozialisten, sicherlich sogar einer ihrer

angesehensten. Er war Herausgeber der Zeitschrift »Religiöse Besinnung«. Nach Thiemes Ansicht und Überzeugung ist nun der Ansturm der »deutschen Nazi-Christen auf den Protestantismus, um aus ihm die totale und absolute Staatskirche schlechthin zu machen, nur das äußere Anzeichen eines Verfalles der Idee, für den die Wurzeln viel tiefer und viel weiter zurückliegen. Von der also längst ihrer Idee nach verschiedenen und abgestorbenen lutherischen Kirchenidee sagt Thieme in seinem Buch: »Sie hat nicht wenige tapfere Söhne hinterlassen, die das mütterliche Erbe mit Bekennermut verteidigt haben; aber das waren doch nur lauter gläubige Einzelpastoren und Einzelgemeinden — keine Kirche mehr! Die Absage dieses religiös verantwortungsbeschwerten Theologen an den deutschen Protestantismus bleibt also endgültig!

Was nun die Konversionsaffäre selbst angeht, so berichtet darüber Thiemes Buch: Im November 1933 überreichte der Kölner Kardinal Schulte dem Papst das bei ihm eingegangene Gesuch Thiemes und seiner Freunde, in die katholische Kirche wieder aufgenommen zu werden. Für den Papst entstand die heikle Situation, daß die Kurie beschuldigt werden konnte, den Götzendienst der Hitlerrei ausgenutzt zu haben, um für sich Proselyten zu machen. Auch warf der Vorgang eine Reihe schwieriger kanonischer und kirchendisziplinärer Fragen auf. Beispielsweise waren die Konvertiten als Theologen fast sämtlich verheiratet, während die Kirche

das Zölibat des Geistlichen als unabdingbar ansieht. Trotz formellster Herzlichkeit, mit der der Papst Thiemes Schritt willkommen hieß, verhielt sich in der Sache die Kurie zunächst sehr zurückhaltend und beauftragte ein theologisches Sachverständigen-Gremium mit der Erstattung eines kirchenrechtlichen Gutachtens über den Fall. Nach ihm gestattet die Kirche den konvertierten verheirateten Predigern und Pfarrern, zwar nicht als katholische Priester, wohl aber als »beauftragte Katecheten« aufzutreten, und zwar dort, wo auch ein Uebertritt einer größeren Zahl von Gemeindegliedern zu verzeichnen ist, so daß ein Prediger dort am Platze ist.

Als das Gutachten vorlag, ist der Protestant und religiöse Sozialist Thieme katholisch geworden! Mit ihm viele seiner engeren Freunde und Mitarbeiter; die in den früheren Meldungen angegebene Zahl 600 ist aber auf jeden Fall übertrieben.

Die Affäre Thieme ist auch für den außerhalb der kirchlichen Welt Stehenden von erheblicher Bedeutung, weil sie das ganze Unheil aufzeigt, in das der Ueber-Nationalismus des Machtstaates, nicht allein die Hitlersche Barbarei, den deutschen Protestantismus gestürzt hat, und mit dem Protestantismus die sogenannte »deutsche Idee«, wenn schon Luther und seine Lehre, wie es der Schulauffassung deutscher Historik à la Treitschke entspricht, als etwas in besonderem Maße »deutsches« empfunden wurde.

der deutschen Arbeiterfrauen um ihre Männer und Söhne ebenso wie anderswo.

Was von Nationalisten und Terroristen an Robeit im deutschen Volk gezüchtet wurde, das hat sich hinter den Fahnen des Hakenkreuzes gesammelt, und wir geben zu, daß in diesem Lager der Typus des kalten, stumpfen Sadisten erschreckend zahlreich auftritt. Was dabei spezifisch deutsch ist und was auf das Konto einer allgemeinen Weltkriegsverwilderung kommt, die in anderen faschistischen Ländern ähnlichen Barbarismus gezüchtet hat — das bleibe dahingestellt. Aber Hitlers Sadistenhorden und Gewaltanbeter sind nicht das deutsche Volk, sondern nur sein gegenwärtiges Zerrbild, sind eine Minderheit, die eine trübe Periode politischer Verwirrung benützen konnte, um sich mit Hilfe kapitalistischer Geldgeber in die Macht zu lügen.

## Das Ende eines Schmarotzers

Amtlich wird bekanntgegeben: »Reichsminister Rust hat den Oberstudienrat Dr. Kurt Schwedtke-Berlin mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben.«

Wer ist Oberstudienrat Dr. Kurt Schwedtke? Erinnern wir uns — es sind erst zwei Jahre her — da hat es in Berlin-Neukölln eine Karl-Marx-Schule gegeben, die von dem Sozialdemokraten, Ober-

studienrat Dr. Fritz Karsen, und einem aus fast nur Sozialisten bestehenden homogenen Lehrkörper zu einer Schule gemacht worden war, an der die zwöfhundert Jungen und Mädchen mit ganzer Liebe hingen. Es war keine übliche Lern- und Autoritätsschule, sondern eine auf dem Boden kollektiver, produktiver Arbeitsgemeinschaft aufgebaute Lehranstalt. Die Schülerschaft wurde bewußt zum Sozialismus erzogen! Die Leistung der Mehrheit der Schüler überschritt den Durchschnitt. Das Orchester der Karl-Marx-Schule zeigte das hohe Niveau dieses Instituts.

Grund genug, gegen eine solche Lehranstalt in der Epoche fortschreitender Faschisierung zu hetzen. Vor Jahren erschien ein junger Lehrer, Dr. Kurt Schwedtke, in der Karl-Marx-Schule als Kandidat. Er konnte sich partout nicht in den modernen Schulbetrieb einordnen, er schnüffelte und denunzierte — und? Er flog demzufolge in hohem Bogen aus der Schule hinaus.

Damals schwor er Dr. Karsen Rache! Rache seinen Kollegen und der Schülerschaft, mit der er keinen Kontakt zu finden vermochte. Die vom Reichsverkehrsministerium subventionierte »Deutsche Allgemeine Zeitung« öffnete ihm die Spalten. Woche für Woche wurden nun von Herrn Schwedtke

Dreckkübel über die Karl-Marx-Schule ausgeschüttet. Einmal wurde von »Nackttänzen« der Schülerschaft, von Beschimpfungen des Reichspräsidenten gesprochen. Sogar für die schwarz-rot-goldene Fahne erteilte sich Herr Schwedtke, obgleich das Hakenkreuz schon lange sein Knopfloch zierte.

Die Zeit arbeitete für ihn. Als Hitler zur Macht kam, fiel dem Studienrat Dr. Kurt Schwedtke die Karl-Marx-Schule in den Schoß. Er zog als Oberstudienrat dort ein, wo er als Studienrat hinausgeflogen war. Was er in seiner fast zweijährigen Tätigkeit an Verwüstungen in dieser modernsten Berliner Lehranstalt angerichtet hat, ist nicht in allen Einzelheiten bekannt, aber Schüler und Schülerinnen verließen fluchtartig die einstmal am stärksten frequentierte Anstalt.

Dieser Mann ist nun am Ende. Er hat gegen den Stachel geleckert. Selbst diesem Schmarotzer grauste vor den Früchten des Systems Rust!

## Das Ehrenmal

Der Magistrat der westdeutschen Stadt Newiges hat beschlossen, das Kriegschrenmal abzubrechen. In der Begründung heißt es: »Die eine Figur des Denkmals — ein auf ein Schwert gestützter Krieger — trägt ganz unverkennbar artfremde peinlich undeutsche Züge.«

## Probe aufs Exempel

Herr Willi Krause ist von Göbbels Gnaden Reichsfilmberater. Herr Göbbels hat kürzlich Klage geführt, daß die deutsche Filmproduktion geschmacklos und wirkungslos sei. Er hat es darauf zurückgeführt, daß die Filmindustrie nicht auf die sachverständigen Ratschläge des Herrn Krause höre.

Herr Willi Krause hat selbst ein Filmmanuskript hergestellt und an seiner Verfilmung regen Anteil genommen. Der Film charakterisiert sich als antisemitische Skandalhetze gegen die Filmproduktion. Er nennt sich: Kopf hoch, Susanne.

Dieser Film des Hüters über den guten nationalsozialistischen Filmgeschmack, des Mannes, der der Filmindustrie sagen soll, wie sie zu künstlerischer Höhe gelangt, wurde in Berlin zum ersten Male aufgeführt. Er wurde in aller Form ausgemischt.

## Das nationalsozialistische Volksstück

Die »Baseler Nationalzeitung« läßt sich aus Berlin schreiben:

»Das Lessingtheater, das mit Schulden besonders schwer belastet war, hat sich am größten deutschen Bühnenerfolg der letzten Jahre an Hinrichs Bauernkomödie »Krach um Jolanthe« wieder gesund gemacht. Die Pacht warf bis jetzt Hunderttausende von Mark ab. Der Bombenerfolg im Lessingtheater hat übrigens eine nette Vorgeschichte. »Krach um Jolanthe«, einst »Schweineschlachtens« betitelt, wurde zum erstenmal vor zwei Jahren noch unter dem alten Regime kurz vor Beginn des national-

sozialistischen Experiments aufgeführt, und zwar als ausgesprochen kommunistisches Volksstück. Thema: Bauern, die gepfändet werden sollen, schlagen dem Staat ein Schnippen. Kommunisten waren auch die Spieler, eine der damals beliebten ad hoc gebildeten fliegenden Truppen. Aber »Schweineschlachten« artete in einen großen Mißerfolg aus. Dann kam der Umbruch. Der Totalstaat legte Hand auch auf die Theater. Nur fehlten passende, d. h. nationalsozialistische Stücke. In der Verlegenheit griff man zu »Schweineschlachten«, taufte das Stück in »Krach um Jolanthe« um, und eine nationalsozialistische Spiel-schar führte die Komödie am Nollendorfplatz auf. Neues Versagen, das Defizit soll 10.000 Mark betragen haben. Und dann auf einmal der Bombenerfolg im Lessingtheater: Hinrichs kommunistisch gedachte Bauernposse wird als große nationalsozialistische Errungenschaft und dramatische Genieprobe gefeiert: die Organisation »Kraft durch Freude« beordert alle ihre Mitglieder hin, und Adolf Hitler selbst soll sich »Krach um Jolanthe« dreimal angesehen haben.

Haben sie die Lieder der Arbeiterjugend gestohlen, warum sollen sie nicht Theaterstücke stehlen und auf braun umfrisieren!

## Geständnis

Die »Geistige Arbeit«, eine Berliner wissenschaftliche Zeitschrift, bringt in ihrer letzten Nummer die Besprechung eines rassekundlichen Buches. Zu Beginn dieser Besprechung heißt es wörtlich:

»Wenn in der Flut gemeinverständlicher Rasse- und Vererbungslehren, die nun

offenbar schon größtenteils hinter uns liegt, auch ein Wissenschaftler das Wort nimmt, bedarf das einer besonderen Rechtfertigung.«

Also beginnen sie sich wirklich zu schämen?

## Totaler Lehrplan

Rust hat neue »Richtlinien für das Studium der Rechtswissenschaft« herausgegeben, und man muß anerkennen, daß in diesen Richtlinien das nationalsozialistische wissenschaftliche Arbeitsprinzip fast vollendeten Ausdruck gefunden hat — das Prinzip nämlich, den Kopf nach Möglichkeit aus dem Spiel zu lassen und vor allem jedes Fachwissen auf die denkbar geringste Tiefe und Menge zu beschränken.

Der Studienplan ist auf ein Mindestmaß von sechs Semestern zugeschnitten. In den ersten beiden Semestern soll der Student die völkischen Grundlagen der Wissenschaft kennen lernen, soll ausschließlich Vorlesungen über Rasse und Sitte, Völkkunde und Vorgeschichte und über die politische Entwicklung des deutschen Volkes hören. Das dritte, vierte und fünfte Semester sind zwar dem Fachstudium vorbehalten, da aber der Lehrplan durch häufiges Exerzieren gemildert wird, dürften sich auch diese paar Monate mit Anstand ertragen lassen. Das sechste Semester steht schon im Zeichen der Prüfung. »Pflichtvorlesungen« gibt es nicht mehr, jeder Belegungsanzug unterbleibt, es wird nur noch repetiert, was bis dahin gelernt — oder nicht gelernt worden ist. Außerdem sind Hauptvorlesungen für das erste, dritte und fünfte Semester nur im Winter, für das

zweite, vierte und sechste Semester nur im Sommer anzukündigen.

Dieser Plan hat nur einen kleinen Fehler, der seine Vollkommenheit trübt: in drei Semestern soll — wenigstens zeitweilig — Jura studiert werden. Vielleicht läßt sich das mit der Zeit noch ändern. Zum deutschen Richter gehört in der Hauptsache stramme Haltung, und die wird nicht im Kollegsaal erworben.

## Der lachende Sadist

»Und nun bin ich also wieder im Lande und fahre hinaus nach Oranienburg, wo sich das Konzentrationslager (warum sagt man nicht Besserungslager?) befindet... Ich sitze bei einer Tasse Kaffee auf der Veranda des kleinen Hotels Eilers. Da kommt sowieso alles vorüber. Klipp, klapp, klipp, klapp, das einzige Uniforme sind die Holzpanzern der Leute — sie sehen alle gesund und gebräunt aus. Auch der frühere Rundfunkintendant Dr. Flesch, den ich in einer Gruppe entdeckte, wird sich auf das Ungewohnte noch einspielen. Diese sogenannten Gefangenen singen sogar herzlich. Und — Sie werden lachen — was ertönt aus den Reihen der gerade das Denkmal der Kurfürstin Luise Henriette passierenden Kolonnen? »Was nützte mir ein schöner Ga — arten, wenn andre drin spazieren gehn!« Hier werden wirklich, soweit dies bei Erwachsenen möglich ist, Seelen — geformt. Deutsche sind immer noch bildungsfähig... Der Eindruck dieses Bummels nach Oranienburg ist stark, sehr stark.«

Aus dem Buch: »Sie wer'n lachen« von Rumpelstilzchen (Major a. D. Stein).



# Verrauschte Feste - grauer Alltag

Die Stimmungskrise, wie sie noch Anfang Januar über Deutschland lagerte, ist durch den Sieg an der Saar vorläufig abgestoppt. Nationale Begeisterung, Rundfunkspiele, Reden, Demonstrationen und rauschende Feste füllen die Tage, für die Diskussion der innerparteilichen Widersprüche und vor allem über die ausweglose wirtschaftliche und finanzielle Lage des Dritten Reiches ist vorläufig weder Zeit noch Raum. Die nationale Propaganda versäumt nichts, um das Ergebnis der Saarabstimmung zur Festigung des Regimes zu nützen. In dieser Hochstimmung läßt sich vorläufig die Aufmerksamkeit von dem im Dezember sichtbaren neuen Ansteigen der Massenerwerbslosigkeit, von der Passivität der Außenhandelsbilanz im gleichen Monat um 45 Millionen Mark, der wachsenden Rohstoffnot und den Transferschwierigkeiten ablenken. Selbst der Halbjahresbericht der Reichskredit-Gesellschaft, der die künstlich entzündete Binnenkonjunktur reichlich skeptisch beurteilt, ist unter den Wellen der neuen Stimmungsmache unbeachtet begraben worden. Die Saarfeste sind noch nicht zu Ende. Am 1. März kommt die Stunde der endgültigen Befreiung des Saarlandes, und am 10. März wird der feierliche Einzug des Nationalsozialismus in das befreite Gebiet erfolgen.

Aber auch diese Feste werden verrauschen, der graue Alltag kommt allmählich wieder zum Vorschein. Es wird sich zeigen müssen, daß Fest- und Feiertage auch in trüben Tagen manche Atempause bringen können, eine kranke Wirtschaft vermögen sie indes nicht zu heilen. Die drohende Arbeitslosenvermehrung vom Dezember wird im Januar und Februar nur noch eine saisonmäßige Belastung erfahren, abgesehen davon, daß von einer Entspannung der konjunkturellen Erwerbslosigkeit keine Rede sein kann. Selbst nach den neuesten Zählmethoden der neudeutschen Arbeitslosenstatistik dürfte Hitler von der Dreimillionengrenze nicht mehr weit entfernt sein. Eine neue Arbeitsschlacht könnte einsetzen, wenn der neue Plan des Schacht aus guten Gründen ihre Träger nicht im Vorhinein entworfen hätte. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des vorjährigen Winters waren zu teuer, um sie nochmals wiederholen zu können. Als der Ley kürzlich davon sprach, daß Ende dieses Jahres keine Arbeitslosigkeit mehr vorhanden sein würde, hatte er offenbar die Rechnung ohne den Schacht gemacht. Diese Rechnung ist ohne Rücksicht auf Rohstoffmangel und Schrumpfung des Außenhandelsvolumens entstanden. Der behelfsmäßige Verrechnungsverkehr mit dem Ausland vermag die Devisenknappheit nicht zu beheben. Aber auch ungeachtet der Rohstoffknappheit läßt sich die im Vorjahr noch nach nationalsozialistischen Methoden geführte Arbeitsschlacht im Rahmen des rein privatkapitalistisch orientierten »Neuen Planes« nicht wieder durchführen. Straßenbauten und andere öffentliche Aufträge wären sicher noch genügend zu vergeben, aber der heutige Wirtschaftsdiktator kann nur eine rentable Arbeitsbeschaffung gebrauchen. Noch fehlt die Finanzierung der zurückliegenden Arbeitsschlacht. Im Bericht der Reichskredit-Gesellschaft sind leider über die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung keine näheren Angaben zu finden. Es wird zwar vom Anwachsen des Kreditvolumens der Sonderkreditinstitute der öffentlichen Hand wie Offa, Verkehrskreditbank, Rentenbank usw. auf 2,74 Milliarden Mark bis Ende 1933 berichtet. Sonderbarerweise wird die Bau- und Bodenbank überhaupt nicht erwähnt. Bisher war die Finanzierung kurzfristig mit Arbeitsbeschaffungswechsels versucht worden, die alle drei Monate verlängert wurden und vorläufig die Reichsbank mit mehr als zwei Milliarden Mark belasten. Die Schatzwechselwirtschaft des seligen Havenstein war geradezu harmlos gegenüber den Bankrotteuremethoden mit den Arbeitsbeschaffungswechsels.

Die Nazis hatten bei ihrer ersten Arbeitsschlacht erklärt, daß eine Wirtschaft, die menschliche Arbeitskraft für die Produktion nutzbar macht, in jedem Falle rentabel sein müßte. Sie hatten vom Sozialismus eine Auffassung entliehen, die in der sozialistischen Bedarfswirtschaft richtig ist, innerhalb des Kapitalismus aber zu Fehlschlägen führen muß. Für diesen Pseudosozialismus ist Schacht nicht mehr zu haben. So klappt jetzt der Widerspruch zwischen dem Nazi-versprechen auf Arbeitsbeschaffung und dem großkapitalistischen Wollen, die Rentabilität über alle Arbeitsorgen zu stellen. So ist der wesentlichste Teil des Hitlerschen Vierjahresplans, die Arbeitsbeschaffung durch

Intensivierung einer Binnenkonjunktur zu erreichen, heute als erledigt anzusehen.

Für die wirkliche Konjunkturlage in Deutschland aber spricht die Tatsache, daß die Verbrauchgütererzeugung unter dem Rohstoffmangel seit Mitte 1934 um über 12 Prozent zurückgegangen ist. Die Auslandsaufträge der Maschinenindustrie sind erheblich gefallen, das Produktionsvolumen der Textilindustrie mußte stark eingeschränkt werden. Deutschland ist heute fast das einzige Land, in dem der Großhandelsindex immer noch im Steigen ist.

In dieser Situation der Wirtschaft können die Saarfeste, auch wenn sie noch einige Zeit wiederholt und vervielfältigt werden

sollten, die Wirkung einer Betäubung ausüben, aber keinen Ausweg schaffen. Die heutige deutsche Wirtschaft ist voll von Reibungsschwierigkeiten, die weder von Schacht noch von einem anderen »starken Mann« bewältigt werden können. Diese angeblich staatlich gelenkte Wirtschaft pendelt zwischen liberalistischen und staatskapitalistischen Methoden. Staatsseingriff ja — aber nicht zu viel, denn das privatkapitalistische Eigentum geht über alles. Die staatliche Lenkung der Wirtschaft darf nicht zur Staatswirtschaft werden. Der Schacht glaubt sich mit Routine durch all die Gegensätzlichkeiten seines Systems hindurchklavieren zu können. Er wird keine Heilung bringen, denn diese Wirtschaft ist unheilbar.

## Enttäuschte Bauernsöhne

### Hitlers negative Siedlungspolitik

Am 1. Februar 1933 erließ die deutsche Reichsregierung einen »Aufruf an das deutsche Volk«. Unter den Unterschriften steht als erste der Name Adolf Hitler. Dieser Aufruf zeigt, wie »die nationale Regierung das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen« will. Der entscheidende Satz lautet:

»Zu den Grundpfeilern dieses Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht und der Siedlungspolitik.«

Die Verzweiflung über eine hoffnungslose Zukunft hatte die jungen Bauernsöhne massenweise in Hitlers Arme getrieben. Die blauerliche Wirtschaft war dem dreifachen Druck einer beispiellosen Landwirtschaftskrise, des Verfalls der Massenkaufkraft und der Folgen einer verfehlten Agrarpolitik preisgegeben. Die jungen Bauern hatten weder Aussicht, Arbeit in der Stadt, noch eine auskömmliche Existenz auf dem Lande zu finden. Sie glaubten an den Retter Hitler, weil er ihnen Land versprochen hatte. Der Glaube an Hitler entsprang ihrem Hunger nach Land. Wo ist Land zu haben? Dort, wo 18.000 Großgrundbesitzer ein Fünftel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands beherrschen, in den menschenleeren Gegenden des deutschen Ostens, in Ostpreußen und Pommern, im Grenzland und in Schlesien. Sollte man nicht annehmen, daß unter Führung Hitlers eine Völkerwanderung junger Bauern aus dem volkreichen Westen nach dem menschenleeren Osten erfolgt, auf daß das deutsche Volk sich nach der Schmach der vierzehn Jahre im Jungbrunnen von Blut und Boden reinwasche und erneuere? Tatsächlich ist keine Schicht des deutschen Volkes schmätlicher betrogen worden wie die jungen Bauern, die sich an den »Grundpfeiler« von Hitlers Programm klammerten und hofften, durch seine Siedlungspolitik zu selbständigen Bauern auf eigener Scholle zu werden. In den letzten vier Jahren der »System«-Regierungen sind niemals so wenig neue Bauernsiedlerstellen errichtet worden, wie im ersten Jahre des Dritten Reiches.

Ganz untätig ist auch die Republik auf dem Gebiete der Umwandlung ehemals junkerlichen Landes in Bauernwirtschaften nicht gewesen. Das Reichssiedlungsgesetz von 1919 verpflichtete die Betriebe über 100 ha in den östlichen Provinzen des Reiches, ein Drittel der von ihnen benutzten Fläche zur Siedlung bereitzustellen. Das Gesetz gibt dem Staat ein Vorkaufrecht und auch die Möglichkeit der Enteignung. Das Reich hat aber von der Enteignung fast gar keinen und vom Vorkaufrecht nur einen sehr schonenden Gebrauch gemacht. Es hat sich damit begnügt, aufzukaufen, was sonst unter dem Hammer gekommen sein würde. Bei diesem Verfahren blieb die wirtschaftliche Macht des Junkertums ungeschwächt und der Landhunger der Bauern unbefriedigt. Immerhin hat das »System« einiges für die ländliche Siedlung vollbracht. Bis zum Ablauf des Jahres 1932 sind 602.110 ha Land zugeteilt und damit 5.741,7 neue Siedlerstellen errichtet worden. Bei Hitlers Thronbesteigung war das Siedlungsgesetz von 1919 erst zur Hälfte erfüllt. Von der durch das Gesetz bereitgestellten Fläche von insgesamt 1.695.000 ha standen am 1. Juli 1933 noch 791.000 ha zur Verfügung. Hitler hätte nur zu benutzen brauchen, was die Republik ihm hinterlassen hatte. Aber nicht einmal das ist geschehen! Nach dem letzten Heft der vom Reichsstatistischen Amt herausgegebenen Vierteljahrs-

hefte für Statistik waren 1930 7441, 1931 9082, 1932 9046, aber 1933 nur 4914 neue Siedlerstellen geschaffen worden. In den Jahren 1931 und 1932 mehr als 18.000 neue Bauernstellen, im ersten Hitlerjahre weniger als 5000! Die für Bauernsiedlungen benützte Fläche betrug 1931 rund 25.000, 1933 nur etwa 17.000 ha. Hitler bleibt also mit seinen Siedlungsleistungen der Fläche nach um fast ein Drittel hinter den Leistungen eines der schwersten Krisenjahre der Republik zurück! Er zeigt sich recht dankbar dafür, daß ihm die Junker zur Macht verholfen haben, um sich durch ihn vom Schleicher-Brüningsschen »Siedlungsabolschewismus« befreien zu lassen.

1932 standen zahlreiche überschuldete und heruntergewirtschaftete Großbetriebe Osteliens vor dem Ruin. Das ergab eine günstige Gelegenheit, mit einem Mindestmaß an Kosten die Bestodung großagrarisches Besitzes mit Bauernwirtschaften vorwärtszutreiben. Diese Gelegenheit blieb aber ungenutzt. Die Zahl der neuen Siedlerstellen war 1932 nicht größer als 1931, sondern sogar noch etwas kleiner. 1931 entfielen noch zwei Drittel aller staatlichen Geldaufwendungen für die Zwecke ländlicher Siedlung auf Güter über 400 Morgen, 1932 nur noch 42 Prozent. Darin zeigt sich, wie die »Soziale Praxis« in einem Aufsatz über das Ergebnis der hitlerschen Siedlungspolitik richtig urteilt, sehr deutlich die Wirkung der Osthilfe. Sie hat die Großagrarien aber nicht von allen Sorgen befreit, weil sie nicht wirtschaftlich verwendet, sondern meist unwirtschaftlich verschwendet worden war. Endgültig wurden die Junker von ihren Geldsorgen erst durch das Entschuldungsgesetz vom 1. Juni 1933 frei. Die »Soziale Praxis« bemerkt dazu:

»Leider aber wurde entgegen allen berechtigten Erwartungen durch das Entschuldungsgesetz Hugenburgs vom 1. Juni 1933 versäumt, als Ausgleich für die Entschuldung eine Abgabepflicht zugunsten der Siedlung aufzuerlegen.«

Es war allerdings reichlich naiv, solche Erwartungen zu hegen, denn es kam Hitler gerade darauf an, die Großagrarien vor der drohenden Pleite und damit vor dem Zwang zur Landabgabe zu schützen.

Anstatt zu nehmen, was ihr rechtlich zustand, verlegte sich die Hitlerregierung aufs Bitten und Betteln. Der an die Junker gerichtete Aufruf zur freiwilligen Landspende war aber ein völliger Fehlschlag, weil die Junker von vornherein wußten, daß es diesmal im Gegensatz zu den »freiwilligen Opfern« der Arbeiter und Angestellten mit der Freiwilligkeit ernst gemeint war. »Man mußte bald einschne«, sagt die »Soziale Praxis«, daß auch auf diesem Wege die die Landfrage für die Siedlung nicht gelöst werden kann.« Was tat nun Hitler, um in seinen Leistungen für die Bauern, wenn schon nicht mit der Siedlung, so doch wenigstens mit der Siedlungstatistik nicht allzuweit hinter den Leistungen der Republik zurückzubleiben? Man würde es nicht glauben, wenn es nicht in dem in den Vierteljahrsheften des reichsstatistischen Amtes zu lesen stünde!

Man hat, was man den Junkern nicht nehmen wollte, den Bauern genommen, man hat, so unglaublich es klingt, Bauernsiedlungen in Bauernland vorgenommen, dem einen Bauern genommen, um dem anderen zu geben.

In ganz Preußen, dem Lande des Großgrundbesitzes, war 1933 die Schaffung von Siedlungsgütern auf die Hälfte von 1932 zurückgegangen, in Ostpreußen um ein Viertel, in

Niederschlesien um die Hälfte, in Ober-Schlesien um ein Drittel. Dagegen war in den überwiegend bäuerlichen Bezirken Bayern, Oldenburg, Anhalt, Sachsen eine starke Zunahme der bäuerlichen Siedlung zu verzeichnen. In den überwiegend kleinfäuerlichen Ländern Württemberg und Baden war in der Republik nie, dagegen zum erstenmal im ersten Jahre des Dritten Reiches gesiedelt worden. Auf Hannover allein, das die stärkste Zunahme an Siedlerstellen aufweist, entfielen 1933 rund ein Zehntel der gesamten Siedlerstellen. Die Ursache? Man verzichtet auf den grundherrlichen Boden, der bereits bebaut ist, und nimmt statt dessen Oed- und Moorland in Bebauung, das erst urbar gemacht werden muß. Das war vor Ausbruch des Dritten Reiches fast ganz unterblieben, weil die Kosten der Urbarmachung höher sind als der voraussichtliche Ertrag. Im Dritten Reich, das Lohnarbeit durch Sklavenarbeit ersetzt, bestehen solche Hemmnisse nicht. Das Reichsstatistische Amt stellt fest, daß durch den freiwilligen Arbeitsdienst die Kosten der Urbarmachung beträchtlich gesenkt werden konnten.

Hat nicht Hitler aber im zweiten Jahre seiner Herrschaft energischer zugegriffen als im ersten? Die Zahlen über die Siedlungsergebnisse von 1934 liegen noch nicht vor. Das Reichsstatistische Amt erwartet aber nicht mehr, als daß »der hauptsächlich durch Landmangel hervorgerufene Rückgang in der Begründung von Neusiedlerstellen im nächsten Jahre wieder ausgeglichen« würde. Man erstrebt also gar nicht mehr, als dem nahe zu kommen, was die Republik — bei weitem nicht in ihrem besten Jahre — getan hat.

Hitlers negative Siedlungspolitik verfolgt aber nicht nur den Zweck, den Junkern ihren Besitz unversehrt zu erhalten, sondern auch, ihnen billigere und willigere Arbeitskräfte zuzuführen. Das wird von Prof. G. von Dietze, Universität Berlin, in einem Artikel »Um die Reagrarisierung Deutschlands«, veröffentlicht in der Zeitschrift »Der deutsche Volkswirt«, mit aller Offenheit zugegeben. Er fordert anstatt einer stärkeren Besiedlung »eine stärkere Besetzung der alten landwirtschaftlichen Betriebe«. Er sagt dann wörtlich:

»Diese ist bereits im Gange: den Kindern aus ländlichen Familien sind die Möglichkeiten zum Ausscheiden aus der elterlichen Wirtschaft stark eingengt worden (durch das Erbhofgesetz, G. A. F.) und im Zuge der Arbeitsbeschaffung ist auf Mehr-einstellung von Lohnarbeitern eingewirkt worden. Auch die Nebenberufs- oder Stadtrand-siedlung hat wesentlich zu dem aufgestellten Ziele beigetragen.«

Es ist also der tiefere Sinn von Hitlers Bauernfreundschaft, nicht landlose Bauernsöhne und Landarbeiter in Freibauern, sondern in Arbeitssklaven von Großagrarien und Großbauern zu verwandeln. Erbhofgesetz und freiwilliger Arbeitsdienst und Stadtrand-siedlung, alles nicht Wohltaten für Bauern und Arbeiter, sondern Liebesgaben für die Junker! G. A. Frey.

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933; Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakien: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.140. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.